

anspiel.

Das Magazin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen

Schwerpunkt

Handlungsbedarf!

Rahmenbedingungen für Sozial- und
Bildungsarbeit anpassen

Kindertagesbetreuung

Ausschluss von Kindern durch
Essenssperrungen

Pflege

Netzwerke als Motor der
pflegerischen Versorgung

Migration

Sprachmittlung baut Brücken –
Finanzierung sichern

Interview:
„Lagerdenken bringt
uns nicht vorwärts“

10 Jahre UN-BRK:
Vom Schrauben
an Lösungen

Rechtspopulismus:
Wir zeigen klare
Kante

Wir verbindet,
Wir stärkt,
Wir hilft.

Aktionswoche Selbsthilfe

18.– 26. Mai 2019

Alle Infos und Veranstaltungen auf
www.wir-hilft.de



Aktionswoche
Selbsthilfe 2019

Eine Initiative von:



Gefördert durch:



Handlungsbedarf ...



... besteht an vielen Stellen, wenn wir die Rahmenbedingungen der Sozial- und Bildungsarbeit betrachten. In beiden Tätigkeitsfeldern sind die meisten Beschäftigten wahre Überzeugungstäter*innen. Welche Gründe die Kolleg*innen in diesen Arbeitsbereichen auch immer dazu antreiben, sie gehen oft an ihre Grenzen. Vielfach kompensieren sie schwierige Rahmenbedingungen durch persönlichen Einsatz. Gleichzeitig treiben sie innovative Entwicklungen voran und geben sich mit dem Status quo nicht zufrieden. Dafür müssen sie sich häufig einen Weg durch den Regelungsdschungel bahnen und landen leider oft in einer Sackgasse.

In unserem Schwerpunkt greifen wir deshalb exemplarisch Situationen aus der täglichen Praxis heraus, in denen die Rahmenbedingungen nicht nur unnötig belastend sind, sondern darüber hinaus innovationshemmend wirken. Die Beiträge illustrieren, wie die Akteur*innen vor Ort damit umgehen. Gleichzeitig haben wir unsere Fachreferent*innen gebeten, die Praxiseinblicke zu kommentieren und auf Handlungsoptionen hinzuweisen.

Da ist beispielsweise die Frage der Eigenanteile, die freie Träger leisten müssen, wenn sie Fördergelder abrufen wollen. Unser Beispiel aus dem Gewaltschutz zeigt, wie aufwändig es ist, zusätzliche Gelder zu akquirieren, wenn man mit dem eigentlichen Angebot keine Einnahmen generieren kann.

Ein gutes Vorbild aus dem Vogtland macht deutlich, wie pflegerische Versorgung durch Vernetzung gestärkt werden kann. Träger und Politik sind gleichermaßen gefordert, damit dies sachsenweit gelingen kann.

Der Artikel über die Schuldnerberatung verdeutlicht, wie Förderlogiken und verteilte Zuständigkeiten in der Beratungspraxis zu Hürden werden. Das ist kein neues Problem, aber weiterhin ungelöst.

Unsere Beispiele in diesem Heft sind selbstverständlich nur Schlaglichter. Sie zeigen jedoch, welchen Aufgaben sich Fachkräfte zusätzlich zum Kerngeschäft stellen müssen. Es ist Zeit, entlastende Lösungen anzugehen und neuen Ideen Raum zu geben. Dann kann vollständig in den Mittelpunkt rücken, worum es eigentlich geht: die Menschen.

Gerade im Landtagswahljahr werden wir als Verband unseren engeren Dialog mit Entscheidungsträger*innen weiter intensivieren und unsere Vorschläge unterbreiten. Denn eins ist ebenfalls klar: Lösungen können wir nur im Dialog und gemeinsam finden.

Herzliche Grüße

Michael Richter
Landesgeschäftsführer

Schwerpunkt: Handlungsbedarf!

Und bitte ...

Miteinander zu neuen Lösungen

Norbert Kunz, Geschäftsführer der Social Impact gGmbH, über soziale Innovation und Rahmenbedingungen

Kindertagesbetreuung

Mittagessen in der Kita –Wer isst mit?

Ausschluss von Kindern durch Essenssperrungen in sächsischen Kitas

Teilhabe

Schuldnerberatung: Förderung als Hürde

Die Folgen der getrennten Förderung von Sozialer Schuldnerberatung und Insolvenzberatung in der Praxis

Gewaltschutz

Gewaltschutz finanzieren

Wie Träger versuchen, Finanzierungslücken zu schließen

Migration

Teilhabe durch Sprachmittler*innen

Wo die Finanzierung mit Bedarf und Qualität gleichziehen muss

Pflege

Vernetzung als Arbeitsmittel

Wenn Vernetzung hilft, Pflege voranzubringen

Freie Schulen

Qualität in Schulen entwickeln

Reflexion und Beteiligung in Schulen als Motor für Bildungsqualität

Wissen

- 6 **Agil führen** 20
Mit einem neuen Führungsstil soziale Organisationen fit für die Zukunft machen

- Storytelling** 21
Warum die Kommunikationsmethode des Storytelling auch für die Wohlfahrtspflege interessant sein kann

Verband

- 10 **„Lagerdenken bringt uns nicht vorwärts“** 22
Interview mit Horst Wehner, dem ehemaligen Vorsitzenden des Paritätischen Sachsen, über den Verband und die politische Kultur in Sachsen

- 12 **Deine Stimme gegen Nationalismus – ein Europa für alle.** 24
Aktion im Vorfeld der Europawahl 2019

- 14 **#unteilbar - Solidarität statt Ausgrenzung**
Informationen zum bundesweiten Bündnis für Solidarität und Menschenrechte

- 16 **Neues Projekt berät bei Übergriffen auf soziale Träger** 25
Paritätischer Gesamtverband startet das Projekt „Beratung gegen Rechts“

- 16 **Wir zeigen klare Kante** 26
Kein aktives Zugehen auf Rechtspopulist*innen, aber gesprächsoffen bleiben. Michael Richter, landesgeschäftsführer des Paritätischen Sachsen, über die Verbandsposition

- 18 **„Der Paritätische ist als Verband ein lebendiger Organismus“** 27
Interview mit Uwe Martin Fichtmüller, Vorsitzender des Paritätischen Sachsen, über den Verband sowie die bevorstehenden sozial- und bildungspolitischen Herausforderungen

- Geld sparen mit der Einkaufsgemeinschaft** 28
Neue Kooperation der parikom GmbH mit der PariSERVE GmbH bietet viele Vorteile für Mitgliedsorganisationen
- Selbsthilfeakademie Sachsen** 29
Die neue Selbsthilfeakademie Sachsen unterstützt die Selbsthilfe landesweit mit kostenfreien Weiterbildungen
- 10 Jahre UN-BRK:** 30
Vom Schrauben an Lösungen
Simone Langhof, Referentin für Teilhabe des Paritätischen Sachsen, kommentiert das Jubiläum der UN-Behindertenrechtskonvention
- Frühförderung:** 31
Schritt für Schritt das Angebot stärken
Das Bundesteilhabegesetz und der bevorstehende Abschluss eines Rahmenvertrages sollen das Angebot nach vorn bringen
- Auf ein Wort ...** 32
Die Frage war diesmal:
Was motiviert Sie im beruflichen Alltag?
- Freiwilligendienste:** 33
Noch mehr Plätze?
Katrin Ventzke, Bereichsleiterin Freiwilligenprojekte der Paritätischen Freiwilligendienste Sachsen gGmbH, hinterfragt die geplanten Ausweitungen
- Homosexualität in der Langzeitpflege:** 35
Was ist eigentlich anders?
Eine aktuelle Studie betrachtet die Facetten der Homosexualität im Pflegekontext

Impressum

anspiel.

Das Magazin des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen

Herausgeber:



Paritätischer Wohlfahrtsverband
Landesverband Sachsen e.V.
Am Brauhaus 8
01099 Dresden

Tel.: 0351/ 491 66 0
E-Mail: info@parisax.de

Web: www.parisax.de

ISSN 2512-7837

anspiel. ist eine eingetragene Marke des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Landesverband Sachsen e.V.

Erscheinungsweise: 2x jährlich

V.i.S.d.P.: Michael Richter, Landesgeschäftsführer

Redaktion: Thomas Neumann

Lektorat: Moritz Siegel

Titelfoto: Daniela Buchholz | www.danielabuchholz.de

Layout/Satz: Thomas Neumann

Autor*innen dieser Ausgabe: Karolin Amlung, Gundula Dobrig, Maria Groß, Bärbel Herold, Dr. Beate Hilbert, Dr. Susanne Kleber, Hendrik Kreuzberg, Norbert Kunz, Simone Langhof, Hartmut Mann, Silke Meyer, Thomas Neumann, Daniel Pichert, Michael Richter, Wiebke Schröder, Julia Schulz, Dr. Peter Schupp, Katrin Ventzke, Elisabeth Völcker, Christian Weßling, Janina Yeung

Druck: SAXOPRINT GmbH, Dresden



Förderhinweis:

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushaltes.

Miteinander zu neuen Lösungen

Von Norbert Kunz

Die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege stellen das Rückgrat der sozialen Sicherheit und des sozialen Ausgleiches dar. Gesellschaftliche Megatrends wie beispielsweise der demografische Wandel, Digitalisierung und Mediatisierung, Individualisierung und Pluralisierung sowie die Globalisierung und deren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme stellen soziale Organisationen vor enormen Veränderungsdruck. Hinzu kommt oftmals noch der finanzielle Druck, der sie zwingt, bestehende Leistungsangebote neu zu justieren, sie effizienter und effektiver auszurichten.

Viele Wohlfahrtsinstitutionen und Sozialunternehmen haben in den letzten 100 Jahren bewiesen, dass sie Expert*innen der schrittweisen Optimierung sind. Ihre Form der inkrementellen Innovation ist effektiv, da sie ihre Kund*innen genau kennen und darauf basierend die Produkte und Leistungen qualitativ weiterentwickeln.

Hinsichtlich der aktuellen Veränderungsprozesse und deren Auswirkungen auf die Freie Wohlfahrtspflege wird eine auf Verbesserung und Optimierung vorhandener Leistungsprozesse ausgerichtete Innovationskultur jedoch nicht mehr ausreichen. Es bedarf nun disruptiver bzw. radikaler Innovationen, die als komplett neue Lösungsansätze auf den Plan treten. Die sogenannte Digitalisierung ist

dabei nicht die Lösung, sondern ein Instrument, um die Herausforderungen zu bewältigen.

Wir müssen uns klar machen, dass sich die Rahmenbedingungen und Herausforderungen in allen Lebensbereichen in den nächsten 20 bis 30 Jahren so schnell und tiefgreifend verändern werden, wie noch nie in der Geschichte zuvor. Unsere Lebensbedingungen sind bereits heute geprägt von wachsender digitaler und medialer Beeinflussung, von einer zunehmenden Vernetzung auf lokaler, regionaler und globaler Ebene, aber auch – und vor allem – von einer größeren ökonomischen, ökologischen und sozialen Gefährdung unserer Lebenswirklichkeiten. Dabei stehen wir erst am Anfang eines gesellschaftlichen Wandels, der das bisher als sicher und beständig Angesehene in Frage stellen wird. Wir wissen nicht, wie die Welt von morgen aussehen wird. Was wir jedoch wissen, ist: Es wird mehr Möglichkeiten, aber auch mehr Risiken für jede*n Einzelne*n und für uns als gesamte Gemeinschaft geben.

Vor diesem Hintergrund haben lineare Lösungsmodelle keine Zukunft, da es vollkommen ungewiss ist, ob die Logik unserer heutigen Arbeitsgesellschaft fortbesteht und inwieweit die sozialen Finanzierungsbedingungen Bestand haben werden.

Im Feld der sozialen Dienstleistungen wird es vor allem darum gehen müssen, die sozialräumlichen Potenziale zu identifizieren, sie zu aktivieren und in das System der sozialen Leistungserbringung zu integrieren. Nicht nur die Souveränität der Nutzer*innen selbst, sondern auch deren Beziehung zur sozialen Umwelt muss gestärkt werden. Kollaboratives Handeln sowie das engere Zusammenwirken von Bürgergesellschaft und sozialwirtschaftlichen Unternehmen – unter Berücksichtigung der Möglichkeiten von privaten Unternehmen und öffentlicher Verwaltung – bieten einmal mehr Chancen für alle Beteiligten. Denn nur das Vernetzen von Kompetenzen und Leistungen unterschiedlicher Akteur*innen wird zu einem System führen, welches die erwünschte Versorgungssicherheit gewährleisten kann. Digitalisierung bietet technische Möglichkeiten, um diese Prozesse zu befördern. Die sozialwirtschaftlichen Organisationen müssen zu sozialen Knotenpunkten der Daseinsvorsorge und Teilhabe werden.

„Hic Rhodus, hic salta“ – Zeig es hier und beweise, was du kannst. – So könnte das heutige Credo der Wohlfahrt heißen. Denn nun müssen die Einrichtungen beginnen, ihre standardisierten Formen der Leistungserbringung und das Verhältnis zwischen Hilfeberechtigten und Helfer*innen neu zu definieren.

Viele Leistungselemente sind durch Kostenträger vorgegeben und ein Abweichen von der vertraglich vereinbarten Leistungserbringung ist meist nicht erlaubt. Dieses Modell bietet für die Wohlfahrtseinrichtungen ein hohes Maß an Planungs- und finanzieller Sicherheit. Beide Aspekte wirken jedoch innovationshemmend.

Erschwerend kommt hinzu, dass unser aktuelles System so gut wie keine Anreize für Innovationsentwicklung bietet. Weder hat die Suche nach neuen technologischen Möglichkeiten Sinn, noch werden Mitarbeiter*innen dazu angehalten, zu einer strukturellen Verbesserung der Leistungserbringung beizutragen. Dies wirkt sich negativ auf die Innovationskultur in den Einrichtungen aus. Hier sind Politik und Verwaltung ebenfalls gefordert, Spielräume zu öffnen, die über kurzfristige Modellprojekte hinaus wirken können.

Andererseits fehlt es dem Großteil der Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege an Strukturen, Instrumenten und Expertise, um disruptive Innovationen zu entwickeln oder neue Infrastrukturen aufzubauen. Ein aktives Innovationsmanagement ist in vielen Wohlfahrtseinrichtungen leider noch nicht vorhanden.

Die trägerübergreifenden Vernetzungen mit dem Ziel der Skalierung und Verbreitung von Innovationen sind

zumeist schwach ausgeprägt. Gleichzeitig werden externe Potenziale, wie zum Beispiel durch cross-sektoralen Austausch und Kooperationen mit Startups oder etablierten Unternehmen, noch unzureichend genutzt.

Diesen Zustand muss die Wohlfahrt auflösen! Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Angebote der Wohlfahrt mittelfristig von privaten Anbietern übernommen werden, wenn diese schneller auf die gesellschaftlichen Veränderungen reagieren.

Es gibt bereits gute Ansätze, wie die Entwicklung von Innovationslaboren. Hier sei unter anderem das Projekt „Innovation²“ des Paritätischen

Wohlfahrtsverbandes und der Social Impact gGmbH benannt. Die Initiative „Lab of the Labs“ und die Zusammenarbeit vieler Wohlfahrtseinrichtungen mit der Social Impact gGmbH zur Förderung von sozialen Innovationen können schon jetzt wichtige Impulse geben.

Die Träger der Freien Wohlfahrtspflege sind auf Basis ihrer Erfahrungen, ihres Wissens und ihrer Verzahnung in die Sozialräume hinein die präferierten Organisationen, um innovative Lösungen für die immer differenzierter werdenden Problemlagen zu finden. Sie können die größer werdenden Versorgungslücken schließen – aber dafür müssen sie sich selbst innovieren.

Norbert Kunz ist Geschäftsführer der Social Impact gGmbH und gehört zu den profiliertesten Sozialunternehmern in Deutschland. Seit über zwanzig Jahren berät und unterstützt er Existenzgründer und hat als Mitbegründer verschiedener Organisationen maßgeblich an der Entwicklung sozialer Innovationen mitgewirkt.

www.socialimpact.eu



Mittagessen in der Kita – Wer isst mit?

Essensversorgung ist in sächsischen Kitas fast obligatorisch. Doch was ist, wenn die Eltern nicht zahlen können? Kinder erfahren Ausgrenzung, wenn sie an der Speisung nicht mehr teilnehmen können. Ein Blick in die sächsische Praxis.

Ein angenehmer Milchreisduft zieht durch die Gänge der Kita. In der hauseigenen Küche wird er frisch zubereitet. Obst liegt als Nachtisch bereit. Als die Kinder vom Spielen hereinkommen, sieht man ihren Gesichtern gleich an, dass auch sie den leckeren Duft wahrgenommen haben. Die Vorfreude auf das Mittagessen steigt. Werden alle Kinder mitessen können? – In dieser Einrichtung ja, da der Träger durch die eigene Küche so flexibel ist, auch jenen Kindern eine warme Mittagsmahlzeit zu ermöglichen, deren Eltern mit den Zahlungen im Rückstand sind. Nicht überall in Sachsen ist das möglich.

Die Mittagsversorgung in sächsischen Kitas ist der Regelfall und wird überwiegend über externe Anbieter organisiert. Das Essen kommt meist verzehrfertig an und wird bis zur Ausgabe warm gehalten. Üblicherweise wählen die Kita-Träger den Caterer aus und die Eltern zahlen die Verpflegungskosten direkt an das Unternehmen. Anders als noch in den 1990er Jahren verfügen nur noch wenige Einrichtungen über eigene Küchen, in denen sie die Mahlzeiten frisch zubereiten können.

Essenssperrung – Du isst heute nicht mit

Den Mitarbeiter*innen der Kompetenz- und Beratungsstelle des ESF-geförderten Projektes „KINDER STÄRKEN – Maßnahmen für Kinder mit besonderen Lern- und Lebenserschwernissen“, mit dem derzeit in rund 150 sächsischen Kitas zusätzliche Fachkräfte gefördert werden, um die Einrichtungen beim Umgang mit

Kindern in besonderen Lebenssituationen zu unterstützen, begegnet die Frage nach der Mittagsversorgung immer wieder. Projektleiterin Silke Meyer berichtet: „In einer 2016 und 2017



durchgeführten Abfrage wurde sichtbar, dass in mehr als 60 Prozent der am Projekt beteiligten Einrichtungen die Essensgeldrückstände mit all ihren Folgen zum Einrichtungsalltag gehören. Die Angaben lassen sich differenzieren nach Sperrlisten, also der Androhung von Sperrung, und vollständigen Essenssperrungen. Die Anzahl der Kinder auf Sperrlisten variierte von Einrichtung zu Einrichtung von 1,7 bis zu 46,3 Prozent.“

Das Projektteam sieht darin ein äußerst bedenkliches Ergebnis. Denn neben der Ernährung spielt auch der Teilhabeaspekt für die kindliche Entwicklung eine wichtige Rolle. Durch

die Situation der vermehrten Essensgeldrückstände sind insbesondere Kinder aus finanziell benachteiligten Familien vom Risiko frühkindlicher Ausgrenzungserfahrungen bedroht. Bedingt durch die Lebenslage der Familien sind die materiellen und sozial-kulturellen Ressourcen ohnehin geringer als in Familien, die über höhere Bildungsabschlüsse und höhere Einkommen verfügen. Der Ausschluss vom Mittagessen ist demnach ein weiterer Zustand, indem das Kind erlebt: Du gehörst nicht dazu.

Keine einheitlichen Lösungen vorhanden

Bei aufkommenden Essensschulden ist das Gespräch mit den Erziehungsberechtigten der erste Schritt. Dabei werden die Gründe und mögliche Unterstützungsangebote besprochen, wie beispielsweise Zuschüsse über das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Erstaunlich ist dabei, wie wenig bekannt einzelne Hilfsleistungen immer noch sind und wie oft potenzielle Nutzer*innen vor den bürokratischen Anforderungen zurückschrecken.

Der konkrete Umgang mit den ausstehenden Essensbeiträgen ist sehr unterschiedlich. Während einige Kitas Essenssperrungen ab dem ersten Tag vornehmen, erfolgt dies in anderen Einrichtungen erst nach einem längeren Zeitraum. Es gibt aber auch Kitas, die trotz ausstehender Beiträge kein Kind vom Essen ausschließen.

Maßnahmen der Einrichtungen waren neben Gesprächen mit den Eltern die Mitgabe von Kaltverpflegung oder auch, die betroffenen Kinder vor dem

Essen abholen zu lassen. Auf der Suche nach Lösungen setzten sich meist Leitungskräfte ein, um Barzahlungen vor Ort zu ermöglichen oder Ratenvereinbarungen zu vermitteln. Es gibt auch Fälle, in denen der Betreuungsvertrag gekündigt wurde.

Da meistens ein Caterer beteiligt ist, sehen sich die Leitungskräfte mit einem hohen Aufwand konfrontiert. Einfacher ist es für Einrichtungen mit eigener Küche: Da hier kein externer Vertragspartner berücksichtigt werden muss, sind sie flexibler.

Zusätzliche Kapazitäten für Beratung und Begleitung

Silke Meyer beschreibt das Spannungsfeld wie folgt: „Pädagogische Fachkräfte befinden sich in einem Dilemma, insbesondere wenn benachteiligte Kinder an den Angeboten in der Kita nicht teilhaben können und eine Mittagsversorgung fehlt. Familien mit wiederkehrenden Essensgeldrückständen sind fast immer mehrfach belastet und befinden sich teils in erschwerten Lebenssituationen. Wenig verwunderlich ist daher, dass sich Fachkräfte in Kitas mit vermehrt auftretenden Essensgeldrückständen und mit der Lösung von Essenssperrungen überfordert fühlen. Sie müssen zwischen den Bedürfnissen von Kindern, Eltern und Caterer vermitteln.“

Das Projekt „KINDER STÄRKEN“ wirkt in den beteiligten Kitas entlastend. Mit zusätzlichen Fachkräften wurden beispielsweise gemeinsam mit den Eltern die Leistungen über das BuT beantragt, zwischen säumigen Zahler*innen und den Caterern wurde vermittelt und es wurde an andere Hilfsangebote weitergeleitet. Die Kita-Teams spürten eine deutliche Entlastung. Zudem konnten Essenssperrungen durch frühzeitige Beratungs- und Unterstützungsangebote langfristig vermieden werden. So kann nun fast jedes Kind in den Programmeinrichtungen, das den Essensduft schon vorfreudig in der Nase hat, auch wirklich mitessen.

In 147 sächsischen Kitas sind mit Förderung des Europäischen Sozialfonds zusätzliche pädagogische Fachkräfte im Rahmen



des Programms KINDER STÄRKEN tätig. Die zusätzlichen „Kita-Sozialarbeiter_innen“ leiten ihre konkreten Maßnahmen, Aufgaben und Tätigkeiten aus den jeweils kitaspezifischen Unterstützungsbedarfen der Kinder und ihrer Lebenssituationen ab.

Erfahren Sie mehr über KINDER STÄRKEN auf:

www.kinder-staerken-sachsen.de

Maria Groß, Referentin für Bildung des Paritätischen Sachsen, sagt zur Mittagsversorgung in Kitas:



„Kaum zu glauben, aber in sächsischen Kindertageseinrichtungen sind einige Kinder aus finanziellen Gründen vom Mittagessen ausgeschlossen. Ein nicht hinzunehmender Zustand.“

Um das zu vermeiden, brauchen wir zusätzliche Fachkräfte in den Kitas, die mit Zeit und Professionalität den Familien begleitend zur Seite stehen. Diese Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter würden die Familien beispielsweise dabei unterstützen, die Mittagsversorgung des Kindes mit Hilfe des Bildungs- und Teilhabepaktes abzusichern. Aber auch bei anderen Fragen könnten sie Hilfestellung geben und familienunterstützend aktiv werden. Die Kita im Netzwerk sozialer Angebote wäre dadurch in die Lage versetzt, als Familienzentrum eine ganzheitliche Wirkung zu entfalten.“

Kontakt:

Maria Groß

Tel.: 0351/ 491 66 51

E-Mail: maria.groß@parisax.de



Schuldnerberatung:

Förderpraxis als Hürde

Rund zehn Prozent aller volljährigen sächsischen Bürger*innen sind laut dem Creditreform-SchuldnerAtlas von 2018 überschuldet. Ist man in der Schuldenfalle gelandet, dann kann die Schuldnerberatung helfen. Eine zweigleisige Förderung erschwert jedoch die Hilfe.

Man muss fast zwei Mal hinsehen, um die Schuldnerberatungsstelle der Gemeinnützigen Gesellschaft Striesen Pentacon e.V. (GGSP) im Dresdner Südosten zu finden. Diskretion gehört zum Geschäft. Im Gebäude angekommen, gehen von langen schmucklosen Fluren viele Türen ab, hinter denen sich Schicksale entscheiden. Das Team von Beratungsstellenleiterin Annett Gaumnitz hilft jenen Menschen, denen die Kosten über den Kopf wachsen. „Jede Klientin und jeder Klient hat seine eigene Geschichte. Zu Beginn geht es darum, Klarheit zu schaffen, die Lage zu sondieren. Anschließend können wir ein Vorgehen abstimmen, ob und wie eine Bewältigung der Schulden möglich ist“, erklärt die Leiterin ihr Vorgehen.

Dieser Ablauf ist Teil der sogenannten Sozialen Schuldnerberatung. Sie hilft den Menschen, sich zu strukturieren, berät und unterstützt bei möglichen Schritten der Entschuldung, wie beispielsweise der Kontaktaufnahme und Einigung mit Gläubigern. In vielen Fällen reicht dieses Vorgehen allerdings nicht aus. Die Verbindlichkeiten sind bereits zu hoch, das verfügbare Einkommen hingegen zu klein – die einzige Chance: Privatinsolvenz.

Ein Beratungsprozess, zwei getrennte Fördermittelgeber

Nicht jede*r Nutzer*in kann das aufwändige und kräftezehrende Insolvenzverfahren durchstehen und viele beginnen daher erst gar nicht

damit. Ist die Entscheidung jedoch dafür gefallen, dann finden sich die Berater*innen und Schuldner*innen vor einer fördermittelbedingten Hürde wieder: Während die Soziale Schuldnerberatung über die kommunale Ebene gefördert wird, kommen die Mittel für die Insolvenzberatung aus dem Haushalt des Sächsischen Sozialministeriums.

In der Praxis bedeutet das für die Klient*innen bisweilen, die Beratungsstelle zu wechseln und ihren Sachverhalt erneut darzustellen, da nicht alle Einrichtungen beide Angebote vorhalten. Hinzu kommen Wartezeiten von bis zu mehreren Monaten und im ländlichen Raum außerdem lange Fahrtwege. Letztere sind

ohne eigenes Auto oder Geld für Bus und Bahn fast nicht zu überwinden.

Annett Gaumnitz erzählt: „Ein Insolvenzverfahren fordert trotz unserer Begleitung viel von den Betroffenen. Daher fällt die Entscheidung nicht immer leicht, selbst wenn es der letzte Ausweg ist. Sich auf neue Ansprechpersonen einstellen zu müssen oder in den ländlichen Regionen lange Wartezeiten und Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, sind gravierende Hürden. Menschen geben auf, es kommt nicht zum Insolvenzverfahren, die Schuldenspirale dreht sich weiter. Das ist nicht nur für die Betroffenen verheerend, sondern auch schade um jene Fortschritte, die vorher in der Sozialen Schuldnerberatung in oft monatelanger Arbeit erreicht wurden.“

Doppelstrukturen und begrenzte Förderlaufzeiten

Vor diesem Hintergrund haben die Klient*innen in der Dresdner Beratungsstelle Glück, denn sie kann derzeit beide Beratungsangebote bedienen. Alle Teammitglieder besitzen die entsprechenden Qualifikationen und sind in der Lage, überschuldete Menschen bei Bedarf vom ersten Kontakt bis zum erfolgreichen Ende eines Privatinsolvenz-Verfahrens zu begleiten. Damit könnte allerdings 2020 Schluss sein. Denn die Förderung der Insolvenzberatung wird alle drei Jahre neu vergeben. Träger müssen sich in einem Interessenbekundungsverfahren um einen Zuschlag bewerben. Ob und in welcher Höhe mögliche Beratungsstellen gefördert werden, bleibt bis zuletzt offen. Ein kompletter Wegfall ist möglich. Infolgedessen müssten Klient*innen abgewiesen und laufende Verfahren abgegeben werden. Zudem stehen die Beschäftigungsverhältnisse der Fachkräfte immer wieder in Frage.

Unnötige Bürokratie kostet Zeit

Der Wechsel von der einen in die andere Beratungsstruktur erfolgt für die Nutzer*innen des Beratungsangebots bei der GGSP derzeit ohne die beschriebenen Schwierigkeiten. Der Aufwand für Annett Gaumnitz und ihr Team ist hingegen hoch. „Die aus der geteilten

Förderung resultierende Gefährdung der erfolgreichen Entschuldung der Menschen ist nur eine Facette des Problems. Für uns bedeutet es viel zusätzlichen Verwaltungsaufwand. Damit geht Zeit verloren, die wir viel lieber für die Begleitung jener Menschen verwenden würden, die unsere Hilfe suchen“, bedauert die Beraterin.

Die Fachkräfte müssen verschiedene Abrechnungsformalitäten beachten, die sich sowohl inhaltlich unterscheiden als auch formell abweichende Anforderungen stellen. Zudem sind mehrere Statistiken für Stadt, Land und Bund mit jeweils anderen Systematiken zu führen. Für jede Beratungsart

muss ein Bericht mit eigenen Schwerpunkten angefertigt werden. Dass an dieser Praxis seit Jahren festgehalten wird, ist für Annett Gaumnitz und ihre Kolleginnen unverständlich.

Eine Zusammenführung der beiden Förderstränge wird in Sachsen bereits länger diskutiert. Essenzielle Fortschritte im Sinne eines verlässlichen Hilfsangebots aus einer Hand zum Vorteil der Nutzer*innen und der Träger blieben bisher aber aus. Die Beraterinnen hoffen, dass sich daran etwas ändert, um auch künftig die Türen ihrer Beratungsstelle öffnen und ganzheitlich helfen zu können.

Bärbel Herold, Referentin für besondere Lebenslagen des Paritätischen Sachsen, kritisiert die doppelte Förderstruktur:



„Sachsenweit gibt es 76 soziale Schuldnerberatungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege mit 25 Nebenstellen. Was auf der ersten Blick nach viel klingt, erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als lückenhaft. Trotz der beschriebenen Probleme stellt das nebenstehende Beispiel aktuell den Idealfall im Freistaat dar. Eingeschränkte Öffnungszeiten, Wartelisten, lange Anfahrtswege und fehlende Unterstützungsangebote bei Privatinsolvenzen sind die Regel – gerade im ländlichen Raum.“

Die Förderung der Schuldner- und Insolvenzberatung muss daher dringend überarbeitet werden, damit die fast zehn Prozent überschuldeten Menschen in Sachsen die Hilfe bekommen können, die sie benötigen. Das bedeutet: Schnelle Hilfe aus einer Hand! Auch für die Fachkräfte ist die immer wieder in Frage gestellte Förderung eine Zumutung, die niemand auf Dauer ertragen kann. Es geht hier nur zum Teil um Kosten. Im Vordergrund stehen strukturelle Fragen, die mit einer zusammengeführten Förderung leicht zu beheben sind.“

Kontakt:

Bärbel Herold

Tel.: 0351/ 491 66 56

E-Mail: baerbel.herold@parisax.de

Gewaltschutz finanzieren

Die Förderung freier Träger ist nicht nur eine Frage des Geldes. Oft stellen die Förderkriterien die viel größere Herausforderung dar. Nicht nur der Verein Frauen für Frauen kämpft seit Jahrzehnten mit der daraus resultierenden Unsicherheit für den eigenen Fortbestand.

Fast 700 Menschen unterstützte und beriet die Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Leipzig des Leipziger Vereins Frauen für Frauen im Jahr 2018. Der Verein ist seit fast drei Jahrzehnten im Gewaltschutz und der Familienberatung aktiv. Mit zwei Frauenhäusern, einer Frauenberatungsstelle, der Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking, einer Gewaltopferambulanz, dem Frauennotruf und einem Projekt der Mobilen Mädchenarbeit verfügt der Träger neben einer einzigartigen Angebotsvielfalt auch über ein breites Erfahrungswissen. Relativ neu ist das Projekt „Shelter. Help. Empowerment.“ für geflüchtete Frauen.

Mehr Fördergeld = höherer Eigenanteil

Altbekannt ist jedoch eine Frage, die sich seit Anbeginn stellt: Wie ist eine Finanzierung der Arbeit möglich? Derzeit kommen die Fördermittel vom Land und der Kommune. Da die Tätigkeitsfelder von Frauen für Frauen nicht zu den Pflichtaufgaben der Stadt Leipzig gehören, haben die Mitarbeiterinnen schon viele Höhen und Tiefen hinsichtlich der städtischen Fördergelder erlebt. Insbesondere im Vergleich zu manchem Landkreis stehen die Frauen in Leipzig jedoch noch recht gut da. Trotz schwankender Förderhöhe und schleppender Anpassung der Gelder an steigende Kosten, werden die Gewaltschutzaktivitäten von der Stadt als notwendig angesehen – anders als beispielsweise im Erzgebirgskreis, der diesbezüglich keinen Handlungsbedarf sieht und kommunale Förderung verneint.

Der Freistaat Sachsen gibt Gelder und versucht auf diesem Weg, die Kommunen ebenfalls zum Handeln zu animieren. Die Förderung des Landes ist jüngst sogar erhöht worden. „Mehr Geld vom Freistaat klingt erstmal gut“, sagt Lynn Huber, Vorstandsmitglied bei Frauen für Frauen, und erklärt: „Mehr Geld zu beantragen bedeutet aber immer auch, mehr Eigenanteile zu erbringen. Wir können die Fördermittelerhöhung des Landes aufgrund fehlender Eigenmittel nicht vollständig ausschöpfen. Bei der Stadt Leipzig haben wir eine Anteilsfinanzierung – eine Festbetragsfinanzierung würde uns natürlich einiges erleichtern. Auf alle Fördermittel, die wir für unsere Arbeit verwenden, müssen wir durchschnittlich zehn Prozent Eigenanteil mitbringen. Mit den meisten unserer Angebote erzielen wir aber gar keine Einnahmen. Um diese Lücke erfolgreich schließen zu können, ist viel Aufwand notwendig, der Zeit kostet, die für unsere eigentliche Arbeit leider wegfällt.“

Spenden einwerben und Unterstützer*innen gewinnen.

Als relativ großer Träger, der auch über die Stadtgrenzen hinaus eine gewisse Reputation besitzt, lassen sich die verschiedenen Aufgaben auf das eingespielte Team verteilen. Doch Fundraising, organisatorische Aspekte und Verwaltung sind nicht oder nur unzureichend zuwendungsfähig. Eine eigene Stelle für Geschäftsführung, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit wäre bei den aktuellen Gegebenheiten dringend notwendig, bleibt perspektivisch allerdings nur ein Traum.

Über die Fundraisingaktivitäten des Vereins berichtet Lynn Huber: „Seit 10 Jahren organisieren wir einmal im Jahr einen Frauenlauf. Das generiert Aufmerksamkeit für unser Thema und unsere Angebote. Gleichzeitig werben wir damit Spenden ein. Wichtig sind auch Kontakte zu örtlichen Klubs, wie beispielsweise dem Zonta Club, dem Lions Club, dem International Women's Club oder dem Ladies' Circle. Nicht zu vergessen ist die Pflege der Spenderinnen und Spender. Durch Pressearbeit und Veranstaltungen können wir wiederum verdeutlichen, was wir leisten und warum sich eine Unterstützung lohnt. Zum Beispiel beteiligten wir uns mit einer Open-Air-Ausstellung am feministischen Streik zum 8. März in Leipzig. Anhand einer simulierten Wohnung machen wir häusliche Gewalt erfahrbar. Bei aller Aktivität bleibt aber immer die Unsicherheit bestehen, ob man genügend Geld einwirbt und den Eigenanteil aufbringen kann.“

Ein Blick in den ländlichen Raum lässt erkennen, dass dies nicht immer gelingt. Denn besonders die kleinen Träger in den Landkreisen sind oft nicht in der Lage, hohe Beträge aufzubringen. Folglich ist der Mittelabruf geringer, Fördermittel bleiben ungenutzt.

Kontinuierliche Kontaktpflege und Regelmäßigkeit sind nach den Erfahrungen des Vereins von grundlegender Wichtigkeit für die erfolgreiche Mitteleinwerbung. Mit einem jährlichen Frauenlauf hat der Träger ein wiederkehrendes Ereignis geschaffen, das sich im Bewusstsein der Leipziger*innen verankert hat. Mediale Aufmerksamkeit und Vertrauensgewinn sind dessen Effekte, die gleichzeitig die Spendenbereitschaft fördern.



Aufmerksamkeit durch regelmäßige Events erzeugen: Gewinnerinnen des Frauenlaufs 2018 Jacinta Simasi, Anna Heyder und Karoline Robe (v.l.n.r.)

Hartmut Mann, Referent für Gewaltschutz des Paritätischen Sachsen, stellt hinsichtlich der Finanzierung fest:

„Der Frauen für Frauen e.V. Leipzig betreibt zwei von insgesamt 14 Frauen- und Kinderschutzhäusern in Sachsen sowie eine von insgesamt sieben Interventions- und Koordinierungsstellen gegen häusliche Gewalt. Der Freistaat Sachsen hat die Zuwendungsbedingungen für Angebote gegen häusliche Gewalt im Jahr 2018 modernisiert. Die Förderung erfolgt nun als Festbetragsfinanzierung und der Eigenanteil des freien Trägers kann teilweise durch ehrenamtliche Arbeit an Stelle von Geld erbracht werden. Für die Arbeit mit den von Gewalt betroffenen Kindern wurde die Förderung erweitert.“



Zwei Probleme sind allerdings noch zu lösen: Der geforderte Eigenanteil an den Personal- und Sachkosten übersteigt die möglichen Einnahmen aus diesen Tätigkeiten bei weitem. Und es gibt noch kein zwischen Land und Kommunen abgestimmtes Finanzierungskonzept für die Frauen- und Kinderschutzhäuser.“

Kontakt:

Hartmut Mann
Tel.: 0351/ 491 66 16
E-Mail: hartmut.mann@parisax.de



Teilhabe durch Sprachmittler*innen

Kennen Sie das? Sie sitzen auf der Behörde und verstehen nur die Hälfte dessen, was Ihr Gegenüber erklärt. Wo es selbst für Muttersprachler*innen schwierig werden kann, kommen Zugewanderte mit wenigen Sprachkenntnissen schnell an ihre Grenzen. Der AGIUA e.V. aus Chemnitz hat daher einen Sprachmittlerpool aufgebaut, um diese Hürde zu senken.

Seit 2015 betreibt der AGIUA e.V. ein Projekt mit Sprach- und Integrationsmittlern (Sprlnts). „Im Zuge der gesellschaftspolitischen Entwicklungen des Jahres 2015 und der damit einhergehenden Bedarfe an brückenbauenden Dienstleistungen auf sprachlicher und kultureller Ebene sind wir mit acht Sprachmittlern an den Start gegangen. Bis heute haben wir daraus ein akquirierendes, qualifizierendes und koordinierendes Projekt mit rund 130 ehrenamtlichen Sprlnts entwickelt. In über 30 Sprachen kann aktuell übersetzt werden“, berichtet Sophia Krake, Projektleiterin Sprlnt. Hauptaufgabe des Projektes ist die Vermittlung der Sprachmittler an Personen mit Unterstützungsbedarf. Zudem betreuen und beraten die drei Mitarbeiter*innen die ehrenamtlichen

Sprlnts. So bieten sie etwa verschiedene Workshops an, aber auch Einzelfallhilfe.

Sprachmittlung für fast alle Lebensbereiche

Die Projektleiterin erklärt: „Unsere Sprlnts dolmetschen und übersetzen in fast allen Lebensbereichen. Von dolmetschen sprechen wir, wenn es um die Gesprächsbegleitung geht, wie beispielsweise bei Behörden, Ärzten oder auch bei Elterngesprächen in Kitas. Im Zusammenhang mit Asylverfahren, Ausbildung, Studium oder Arbeit müssen häufig auch Dokumente ins Deutsche übertragen werden. In diesen Fällen sprechen wir von übersetzen.“

Die Leistungen des Sprachmittlerpools werden sowohl von Institutionen und Organisationen als auch von Privatpersonen in Anspruch genommen. Die Bundesagentur für Arbeit und die Stadtverwaltung gehören ebenso dazu wie soziale Einrichtungen, die Zugänge zu ihren Angeboten öffnen wollen. Insbesondere Regelangebote wie Kitas, Beratungsstellen oder Pflegeeinrichtungen profitieren davon. Privatpersonen greifen auf die Sprlnts als Begleiter*innen zurück, wenn sie befürchten, dass die eigenen Sprachkenntnisse, zumeist in formalen Zusammenhängen, nicht ausreichen.

Mit ihrer Tätigkeit überbrücken Sprlnts zudem Verständigungsbarrieren, die über das gesprochene Wort hinausgehen. Sie sind immer auch Vermittler

zwischen unterschiedlichen Sichtweisen und wirken kulturell bedingten Missverständnissen entgegen. Dabei versuchen sie stets, kultursensibel Verständigung herzustellen und Brücken zu bauen. Schon oft haben sie dadurch Lösungen befördern können, die für beide Seiten verständlich und nachvollziehbar sind.

Sprachmittlung als Chance für die Sprachmittler*innen

„Unsere ehrenamtlichen Sprlnts haben meist selber einen Migrationshintergrund und lernen während ihrer Tätigkeit selber dazu. Sie vernetzen sich, lernen städtische Strukturen und Behörden kennen und erweitern ihr Vokabular. Daher verzeichnen wir ein vermehrtes Interesse, sich als Sprlnt zu engagieren“, sagt Sophia Krake erfreut und die Nachfrage nach den Leistungen steigt beständig an. Nicht zuletzt die Chance, sich beruflich zu verankern und weiterzubilden macht die Mitarbeit attraktiv. AGIUA bietet den Engagierten u.a. eine 18-monatige Qualifizierung zur Sprach- und Integrationsmittler*in an.

Ehrenamt stößt an Leistungsgrenzen

Mit der kontinuierlich steigenden Nachfrage gehen auch wachsende Anforderungen an die Fähigkeiten der Sprachmittler*innen einher. Obwohl das Projekt mit Weiterbildungsangeboten und Erfahrungsaustauschen sowie der beständigen Akquise neuer Sprlnts den zunehmenden Bedarfen Rechnung zu tragen versucht, ist sich das Projektteam einig, dass die Leistungsfähigkeit ehrenamtlicher Strukturen an ihre Grenzen stößt.

Die Projektleiterin stellt fest: „Wir haben eine Ebene erreicht, auf der wir den Sprung vom reinen Ehrenamt hin zu qualifizierten Fachkräften machen müssen. Anders ist der zunehmenden Komplexität der Gesprächsinhalte sowie den zeitlichen Anforderungen nicht mehr Herr zu werden. Wenn wir von Professionalisierung sprechen,

meinen wir sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die wir mit Qualifizierungsangeboten begleiten können.“ Perspektivisch soll es einen Pool an Hauptamtlichen mit ergänzenden Strukturen Ehrenamtlicher geben.

Finanzierungsmöglichkeiten für Sprachmittlung nötig

Damit die dringend notwendige Professionalisierung nicht zu Lasten jener Nutzer*innen geht, die nur wenige finanzielle Mittel besitzen, sollten die Kosten der Sprachmittlung mindestens anteilig refinanziert werden. Öffentliche Institutionen könnten diesen Posten im Rahmen der interkulturellen Öffnung mit übernehmen und bei Arztbesuchen wäre eine

Kostenübernahme durch die Krankenkassen denkbar, so die Vorschläge des Projektes.

Die Alternativen wären ernüchternd. Deshalb warnt Sophia Krake: „Schlimmstenfalls werden wichtige Termine wie Arzt-, Beratungs- oder Anwaltstermine nicht wahrgenommen oder es erfolgt die unprofessionelle Sprachmittlung durch Bekannte oder Verwandte – oft die eigenen Kinder. Traurige Beispiele für die teils verheerenden Folgen derartiger Situationen kennen wir leider zur Genüge, weshalb die professionelle Sprachmittlung für uns ein wichtiges Anliegen ist. Die niedrigschwellige Kostenübernahme für eines solches Angebot gehört im Bedarfsfall unbedingt dazu.“

Hendrik Kreuzberg, Referent für Migration des Paritätischen Sachsen, sagt zur Frage der Sprachmittler*innen:



„Die sprachliche Verständigung ist für die Teilhabe an nahezu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens grundlegend. Ob beim Behördengang, beim Arztbesuch oder für die Angebote der Sozial- und Bildungsarbeit – ohne Kommunikation läuft jeder Kontakt ins Leere. Dort, wo Sprachkenntnisse nicht ausreichend vorhanden sind oder fehlen, bauen Sprachmittler*innen daher entscheidende Brücken. Alle Seiten profitieren davon.“

Der Bedarf, die qualitativen Anforderungen und die Vielfalt der Einsatzbereiche sind in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Folglich geraten die ehrenamtlich getragenen Sprachmittlerpools an ihre Leistungsgrenzen. Daher muss jetzt der Schritt hin zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen gegangen werden, wenn dieser wichtige Integrationsmotor in Sachsen nicht ins Stottern geraten soll.“

Kontakt:

Hendrik Kreuzberg
Tel.: 0351/ 491 66 78
E-Mail: hendrik.kreuzberg@parisax.de

Vernetzung als Arbeitsmittel

Vernetzung scheint als Schlagwort etwas abgenutzt zu sein. Daher verwundert es kaum, wenn Leitungskräfte in der Pflege dahinter eine leere Floskel vermuten und ihre ganze Aufmerksamkeit auf die Versorgung der Pflegebedürftigen richten. Doch richtig betriebene Vernetzung vor Ort spart Zeit und auch Geld, wie Erfahrungen aus dem Vogtlandkreis zeigen.

Die positive Energie ist fast mit den Händen zu greifen, als Susann Martin, Fachbereichsleiterin Pflege bei der Volkssolidarität Plauen/Oelsnitz, den Raum betritt. Die überzeugte Netzwerkerin gestaltet maßgeblich das Pflegenetzwerk im Vogtlandkreis mit. In den letzten sechs Jahren hat sich am südwestlichen Ende Sachsens eine Struktur entwickelt, in der Pflegeanbieter verbände- und organisationsübergreifend miteinander in gutem Kontakt stehen. „Der Austausch, den wir hier pflegen, hat allen Beteiligten in den letzten Jahren viel genützt. Das reicht vom ganz praktischen Wissen über den Einsatz neuer Hilfsmittel am Pflegebedürftigen bis hin zur guten Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung im Landkreis“, berichtet die Fachbereichsleiterin. Aus dem anfänglichen Austausch zwischen Einrichtungen, Diensten und Trägern erwuchs ein Geflecht, an dem längst weitere Akteure beteiligt sind, wie beispielsweise der Landkreis, die Krankenhäuser und die Pflegeschulen der Region.

Vernetzung spart Zeit und Geld

Gerade kleinere Träger stehen dem Vernetzungsgedanken häufig kritisch gegenüber, weil sie einen Mehraufwand befürchten, der bei der ohnehin hohen Aufgabendichte nicht machbar scheint. Diese anfängliche

guten Netzwerk gibt es immer einen, der bereits weiter ist als die anderen. In den zurückliegenden Jahren sparten wir durch die Vernetzung viel Zeit, da wir beispielsweise durch Ideen Anderer Impulse für eigene Lösungen bekamen oder Schritte nicht gemacht haben, die andernfalls mit viel Aufwand und Kosten für uns verbunden gewesen wären.“ Letztlich geht es beim Austausch untereinander um konkrete Fragen des Berufsalltags, wie beispielsweise: Welches Computerprogramm ist am besten geeignet, um neuen gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden? Welche Erfahrungen gibt es mit diesem und jenem neuen Medizinprodukt? Kennt jemand einen verlässlichen Anbieter für diese oder jene Leistung?

„Die Vernetzung hilft mir, ganz alltagspraktische Fragen zu lösen.“

Susann Martin,
Fachbereichsleiterin Pflege bei der
Volkssolidarität Plauen/Oelsnitz e.V.



Zurückhaltung kann Susann Martin verstehen, teilt die Ansicht jedoch nicht: „Unsere Erfahrung zeigt, dass gute Vernetzung in einem positiven Aufwand-Nutzen-Verhältnis steht. Die Herausforderungen, vor denen wir als Pflegeanbieter stehen, sind die gleichen – egal, ob groß oder klein. Die Reformen der letzten Jahre sind in der Praxis umzusetzen, alle suchen Fachkräfte und müssen inhaltlich auf dem aktuellen Stand bleiben. In einem

Entlastung durch vereinfachte Prozesse mit Partnern

Aber nicht nur der Wissensaustausch zwischen den Trägern führt zu Entlastungen oder hilft, Spannungen zu vermeiden. So konnten im Dialog mit



den Krankenhäusern der Region das Entlassungsmanagement weiterentwickelt und der Übergang in die Pflege für alle Beteiligten erleichtert werden. Die Fachbereichsleiterin berichtet: „Beim Übergang aus dem Krankenhaus in die Pflege hakte es oft, da der Informationsaustausch zwischen Pflegeanbietern und Krankenhaus unklar war bzw. die Abläufe auf beiden Seiten nicht miteinander harmonisierten. Dank der Vernetzung konnte gegenseitiges Verständnis erzeugt werden und die Übergänge verlaufen nun weitaus reibungsloser. Das spart nicht nur Zeit und in der Folge auch Geld, sondern schon gleichermaßen die Nerven von Personal, Pflegebedürftigen und deren Angehörigen. Die Zufriedenheit ist gestiegen, weil Stress verringert oder vermieden werden kann.“ Aus der Perspektive der Fachkraftbindung sind diese Effekte nicht zu unterschätzen. Insbesondere bei kleineren Trägern, die nur überschaubare Spielräume für Personalentlastungen haben, liegen hier Potenziale.

Offenheit als Fundament des Netzwerks

Zur guten Vernetzung gehört Offenheit. Darin sieht Susann Martin den entscheidenden Motor des Erfolgs im Pflegenetzwerk des Vogtlandkreises: „In den letzten zehn Jahren gab es einen merkblichen Wandel vom Konkurrenzdenken hin zum kooperativen Handeln. Damit wuchs der Nutzen für alle. Dazu gehört es, eigene Fehler zuzugeben, um andere davor zu bewahren – und bereit zu sein, Ideen und Wissen miteinander zu teilen. Das ist wie in einer guten Beziehung, in der

ein Geben und Nehmen herrscht, ohne dies gegeneinander aufzuwiegen.“ Dieser Grundsatz gilt sowohl bei den regelmäßigen Treffen mehrerer Akteure als auch für die bilateralen Kontakte untereinander.

Zeitlicher Aufwand ist überschaubar

Viele fürchten den Zeitfaktor. Für die Akteure im Vogtlandkreis zeigt sich jedoch, dass die eingesetzte Zeit weniger belastet, als die gewonnenen Spielräume an Vorteilen bringen. Selbst für Einrichtungs- oder Pflegedienstleiter*innen bei kleineren Trägern

rentiert sich daher der Aufwand. Das bestätigt Susann Martin: „Wenn ich hier ins Netzwerk blicke, hat ein jeder seine bestimmten Schwerpunkte, die er oder sie für am relevantesten erachtet und von denen die jeweils anderen profitieren können. Bei mir beläuft sich der formelle Aufwand auf etwa eineinhalb Stunden pro Monat. Da es um alltagspraktische Fragen und deren Lösung geht, ist diese Zeit nicht als zusätzlicher Aufwand zu verstehen, sondern als Teil des Lösungsweges.“ Die Anfangsphase dient der Vertrauensbildung und braucht ihre Zeit. Da es aber um gemeinsame Themen geht, sind die Brücken oft schnell gebaut.

Julia Schulz, Referentin für Pflege des Paritätischen Sachsen, merkt zum Thema Vernetzung an:



„Vernetzung gewinnt in der Pflege zunehmend an Bedeutung, wenn zukünftige Aufgaben wie die Fachkraftfrage, eine gute Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort und die Digitalisierung gelingen sollen. Doch alleine können die Träger das nur bedingt umsetzen.“

Mit den Pflegekoordinator*innen hat der Freistaat einen wichtigen Impuls gesetzt, damit Pflege in den Regionen gestaltet wird. Die Aktivitäten und deren Stellenwert in den Landkreisen sind qualitativ jedoch sehr verschieden. Die Landkreise müssen endlich erkennen, dass die Pflegekoordination ausreichend Ressourcen und passende Kompetenzen benötigt, um nachhaltig wirken zu können. Der enge Kontakt zu den Pflegeanbietern ist dabei essenziell.

Andererseits ist der Freistaat in seiner Steuerungsverantwortung gefordert, die Arbeit der Pflegekoordination zu evaluieren und ggf. konzeptionell anzupassen. Ohnehin ist fraglich, ob eine Person pro Landkreis oder kreisfreier Stadt die notwendigen Aufgaben zu meistern vermag.“

Kontakt:

Julia Schulz
Tel.: 0351/ 491 66 64
E-Mail: julia.schulz@parisax.de



Qualität in Schulen entwickeln

Die Qualitätsentwicklung in Schulen kann sich je nach Träger, Konzept und den beteiligten Akteuren recht unterschiedlich gestalten. In Waldorfschulen sind die Reflexion der Abläufe des Schulalltags und die Offenheit für neue Perspektiven nur zwei Aspekte, die auf den Plan treten, wenn es um Qualitätsfragen geht. Gundula Dobrig berichtet aus der Waldorfschule Chemnitz.

Rund 430 Schüler*innen lernen derzeit in der Waldorfschule Chemnitz. Das Bildungsangebot der Einrichtung reicht von der Grundschule bis zum Abitur. Bei dieser Bandbreite ist es selbstverständlich, dass in den gut 29 Jahren seit Schulgründung einzelne Prozesse und Herangehensweisen immer wieder auf den Prüfstand kamen. Am wichtigsten sind und bleiben das Interesse und die Offenheit aller Beteiligten für den Fortschritt. Gesellschaftlicher Wandel und altersgemäße Entwicklungsprozesse müssen gemeinsam und urteilsfrei betrachtet werden. Da dies nicht einfach so nebenbei gelingen kann, sind feste Ressourcen und Instrumente dafür eingeplant, auch wenn das vor dem Hintergrund der finanziellen Ausstattung freier Schulen immer ein Kraftakt ist.

Pädagogische Fachkräfte im Dialog

Beispielsweise geht es um die pädagogische Qualität, die sich maßgeblich im Unterricht und in der kollegialen

Zusammenarbeit zeigt. Sie basiert auf angewandter Pädagogik sowie den aktuellen Bedarfen der Schüler*innen. Dreh- und Angelpunkt sind dabei die Lehrkräfte in ihrer Funktion als Mittler. Deshalb liegt in Waldorfschulen ein besonderes Augenmerk auf dem steten Entwicklungsprozess der pädagogischen Fachleute.

Eine zentrale Bedeutung hat dabei das Bedürfnis jeder einzelnen Lehrkraft, den eigenen Unterricht fortlaufend zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Die wechselseitige Hospitation der Kolleg*innen untereinander ist hierbei ein hilfreiches Instrument. Im kollegialen Dialog wird der Unterricht anschließend betrachtet und Unterstützung angeboten. Neu hinzugekommenen



Kolleg*innen wird außerdem Mentoring angeboten. Im Mentor*innenkreis aller Anleitenden werden die Prozesse koordiniert und besprochen. Alle Lehrkräfte erhalten individuelle Weiterbildungsempfehlungen und auch den Mentor*innen selbst stehen passende Tagungen und Kurse zur Verfügung. Von diesem Verfahren profitieren beruflich Quereinsteigende ebenso wie das erfahrene Lehrpersonal.

Strukturen der Kommunikation nach innen

Zusätzlich geben die verschiedenen Instanzen des Schulorganismus Raum, sich mit den Grundlagen der Waldorfpädagogik und sich ändernden Rahmenbedingungen der Schule auseinanderzusetzen. In einer Reihe von Konferenzen und Arbeitsgruppen wird engmaschig an Aufgaben und Problemlösungen gearbeitet. Dabei wird zwischen internen Arbeitskreisen des Kollegiums und Kreisen mit Elternbeteiligung unterschieden.

In den wöchentlichen Konferenzen der Unter- und Mittelstufe, der Oberstufe und der Förderschule sowie in der gemeinsamen Konferenz der gesamten Belegschaft berichten inhaltlich gegliederte Arbeitskreise. Eine stark koordinierende Funktion hat dabei die Schulführungsgruppe. Eltern sind immer eingeladen, sich an Arbeitskreisen wie dem Baukreis und dem Wirtschaftskreis zu beteiligen oder im Vorstand mitzuwirken.

Als Mitglied im Bund der Freien Waldorfschulen kann zudem der sogenannte Expertenservice genutzt werden: Erfahrene Kräfte helfen dort mittels externer Betrachtung, Lösungen zu finden.

Familie als Rahmen gelingender Schulbildung

Ein weiterer Aspekt ist die Kooperation von Lehrpersonal und Eltern. Bei den meisten schulischen Arbeitsgruppen ist die Mitarbeit der Eltern möglich. Auch bei klassenübergreifenden Elternabenden, Mitgliederversammlungen und Arbeitseinsätzen wird die Chance, die Schule der Kinder aktiv mitzugestalten, stets betont und gelebt. Die Lehrkräfte ermöglichen es

den Eltern auf diese Weise, einzelne Themengebiete kennenzulernen, und sie ermuntern zur Mitwirkung.

Im Falle einer gelingenden Zusammenarbeit mit dem Kollegium können die Interessen und Fähigkeiten der Einzelnen auch neue Perspektiven eröffnen. Die so gewonnen Ideen müssen jedoch stets in die vorherrschende Pädagogik eingebettet sein. Neben den üblichen Inhalten werden auf den Elternabenden die Entwicklungsphasen der Schüler*innen auch aus geisteswissenschaftlicher Sicht betrachtet und ihnen werden die passenden Unterrichtsinhalte erläutert. Dieser Austausch ermöglicht es, eventuelle Probleme frühzeitiger zu erkennen, ganzheitlichere Wege zu finden und den Schulorganismus zu stärken.

Um Familien in die Anliegen der Schule gut einbinden zu können, fand im Jahr 2018 erstmals ein Initiativwochenende statt: In fünf thematisch aufgeteilten Gruppen diskutierten Oberstufenschüler*innen, Eltern und Lehrkräfte über Strategien für anstehende Aufgaben. In der Folge entstand beispielsweise die Arbeitsgruppe „Digitalisierung und Medienmündigkeit“, die bereits erste Vorträge für die Mitarbeitenden, einen Schulelternabend mit Expertenvortrag und einen Workshop für die Oberstufe organisierte. So bleiben die Themen in der Schulgemeinschaft präsent. Im März 2019 startet als Begegnungsort ein Elterncafé. Diese Initiativwochenenden sollen nun regelmäßig stattfinden und das Verständnis aller Beteiligten füreinander fördern.

Dr. Susanne Kleber, Referentin für Bildung des Paritätischen Sachsen, fordert eine Qualitätsdiskussion für die gesamte Schullandschaft in Sachsen:



„Um die Leistungsfähigkeit und Qualität des Bildungssystems dauerhaft zu stärken, bedarf es eines Qualitätskonzepts, das Lehrkräfte und Schulleitungen befähigt, die besten Lernbedingungen und Bildungschancen für die Schüler*innen zu schaffen. Dieses Konzept muss auf einer umfassenden Qualitätsdebatte beruhen, an der sich Schulpraktiker*innen, Bildungsforscher*innen, Verbände sowie Vertreter*innen der Schulverwaltung und der Beratungsgremien beteiligen. Der Freistaat sollte hierbei als Moderator agieren und einen Dialog für die gesamte Schullandschaft in Sachsen anstoßen.“

Im Paritätischen Sachsen entwickeln wir derzeit ein leicht handhabbares Evaluierungsinstrument, mit dem die Qualität in den unterschiedlichen Bereichen des Schulalltags erfasst werden kann. Unsere Ansätze und die Erfahrungen unserer Mitglieder bringen wir gerne in einen landesweiten Dialog ein.“

Kontakt:

Dr. Susanne Kleber
Tel.: 0351/ 491 66 66
E-Mail: susanne.kleber@parisax.de



Agil führen

Unternehmen der Sozialwirtschaft befinden sich stärker denn je in Spannungsfeldern der Ungewissheit, Komplexität und Mehrdeutigkeit. Veränderungsbedingungen nehmen rasant zu und werden zugleich in hoher Beschleunigungsdichte erlebt. Agiles Führen könne ein Schlüssel sein, diese Situationen gut zu meistern, meint die Organisationsberaterin Dr. Beate Hilbert.

Pflegestärkungsgesetze, Kinder- und Jugendschutz und Beteiligung der Klient*innen stehen ebenso wie die Datenschutzgrundverordnung oder das neue Teilhabeverfahren in der Eingliederungshilfe exemplarisch für erlebte Dilemmata oder geäußerte Überforderung von Führungskräften und Beschäftigten.

Agilität ist nicht alles, scheint jedoch eine Antwort auf diese anstehende Aufgabenflut zu sein. Dabei handelt es sich um eine Haltung, die sich – wenn sie ernst genommen wird – durch das gesamte Unternehmen zieht. Grundsätzlich steht Agilität für die Fähigkeit, sich rasch an neue Gegebenheiten anzupassen, aufkeimende Chancen zu erkennen und darauf flexibel zu reagieren.

Mut haben, loszulassen.

Dafür braucht es Mut zu neuen Erfahrungen, Mut zum Versuch und den Mut, anzufangen. Deshalb muss agiles Führen bereits auf der obersten Führungsebene gelebt werden und mit kurzen Entscheidungswegen sowie schlanken Strukturen einhergehen. Will man Wendigkeit und Vitalität tatsächlich langfristig als Merkmale seines Unternehmens etablieren, braucht es größere Freiräume für die Entscheidungen der Einzelnen. Dafür bedarf es an anderer Stelle den Mut, loszulassen. Grundsätzlich geht es um eine Kultur des Vertrauens, in der die offene Kommunikation und

Zusammenarbeit über Teams und Funktionssysteme hinweg Alltag wird. Auch in Ihrer Belegschaft funktioniert das.

Wenn Sie sich für agiles Führungshandeln entscheiden, klären Sie vorher, was sie wirklich wollen und wozu sie tatsächlich bereit sind. Können und sollen Sachzwänge für Veränderungen gegenüber der Belegschaft transparent gemacht werden? Sind Führungskräfte neugierig und lassen Fehler zu? Wollen sie die Mitarbeiter*innen mitnehmen und sich Zeit nehmen, aktiv zuzuhören?

Eine Stellschraube für Mitarbeiter*innenbindung

Der Blick über den Tellerrand in branchenfremde Unternehmen zeigt, dass mit einem neuen Führungsstil die Begeisterung aller neu entfacht und Teams zum Erfolg geführt werden können. Ich bin inzwischen davon überzeugt, dass es eine der wesentlichsten Stellschrauben für Mitarbeiter*innengewinnung und -bindung ist.

Wenn Menschen eigenständig und ganzheitlich agieren können, kommen sie aus dem Silodenken heraus und es entstehen gemeinsame Handlungsansätze. Agiles Handeln befähigt, schnell zu reagieren, kundenorientiert zu agieren und die Prozesse an aktuelle Herausforderungen nachhaltig anzupassen.



Dr. Beate Hilbert ist systemische Organisationsberaterin und Expertin für Teamentwicklung. Zudem gibt sie ihre langjährigen Führungserfahrung in der Alten-, Jugend- und Eingliederungshilfe in Weiterbildungen weiter:

www.parisax.de/weiterbildung



Storytelling

Eine Methode für die Wohlfahrtspflege?

Storytelling bedeutet, Geschichten zu erzählen. Das klingt zuerst einmal nach Märchenstunde. Wieso sollten sich Organisationen der Freien Wohlfahrtspflege mit diesem Thema beschäftigen? Daniel Pichert erklärt es.

Storytelling ist eine Kommunikationsmethode. Sie basiert darauf, dass Informationen in Form von Geschichten wiedergegeben werden. Diese Methode ist nicht neu.

Menschen begannen schon vor vielen Hundertausenden von Jahren, auf diese Art und Weise miteinander zu kommunizieren – lange vor der Erfindung von Schriftsprache, Buchdruck oder Computer. Denn das menschliche Gehirn kann Informationen, die in Form von Geschichten erzählt werden, besonders gut aufzunehmen und verarbeiten. Den meisten Menschen fällt es leichter, sich an eine lustige Anekdote zu erinnern als an den Inhalt eines Gesetzestextes oder an ihre IBAN.

Mehr noch – Geschichten entfalten eine stärkere und unmittelbare Wirkung als nüchtern oder sachlich präsentierte Informationen. Ein Beispiel: Person A erzählt Person B, dass sie sich abends nicht mehr auf die Straße traue: „Die Kriminalität hat so stark zugenommen, man ist nicht mehr sicher!“ Dann sagt Person B: „Aber die polizeiliche Statistik zeigt, dass seit einigen Jahren viel weniger Straftaten verübt werden.“ Daraufhin Person A: „So ein Unsinn. Meine Nachbarin hat mir gestern erzählt, dass ihre Handtasche geklaut worden ist!“ Die Wirtschaft hat diese starke Wirkung von Geschichten bereits vor langer Zeit erkannt und bedient sich konsequent der Methode des Storytellings – sehr schön zu beobachten im Bereich der Werbung.

Zurück zu Organisationen im Bereich der Wohlfahrtspflege: Diese sind es gewohnt, auf andere Art und Weise zu kommunizieren. Sachlichkeit, Authentizität und zuweilen auch juristische Korrektheit stehen im Vordergrund. Das ist auch gut so. Allerdings gehen auch hier schon viele erfolgreiche gemeinnützige Organisationen andere Wege und bedienen sich ebenfalls der Macht der Geschichten. Denn Storytelling kann man nicht nur dazu einsetzen, Turnschuhe zu verkaufen. Man kann die Methode generell dazu nutzen, Menschen zu überzeugen und Inhalte so zu vermitteln, dass sie von den Adressat*innen besser aufgenommen werden. Und vor dieser allgemeinen kommunikativen Herausforderung stehen auch gemeinnützige Organisationen, beispielsweise im Zusammenhang mit Öffentlichkeitsarbeit, Berichterstattung, Fundraising (besonders im Bereich des Spenden-Fundraisings!), Organisationsentwicklung, Teambuilding, Mitgliederakquise, Projekt- und Bildungsarbeit oder Kommunikation mit Klient*innen und Teilnehmer*innen. Also eigentlich überall.

Um Storytelling anzuwenden, benötigt man nicht das Budget eines Hollywood-Films oder eines Sportartikelherstellers. Es handelt sich um einen methodischen Ansatz, der bestehende Kommunikationsprozesse verbessern kann. Und mit etwas Kreativität erzielt man damit eine große Wirkung.



Daniel Pichert ist Coach und Trainer für Fundraising. Zudem berät er in Fragen des Projektmanagements und der Organisationsentwicklung. Weiterbildungen mit dem Autor finden Sie in unserem Seminarkalender:

www.parisax.de/weiterbildung



„Lagerdenken bringt uns nicht vorwärts“

Gründungsmitglied, 16 Jahre Vorstandsarbeit, vier davon als Landesvorsitzender – Horst Wehner ist unbestritten das, was man ein Paritätisches Urgestein nennen kann. Im November 2018 verabschiedete er sich aus der aktiven Mitwirkung im Verband. Auch als Abgeordneter im Sächsischen Landtag und als dessen Vizepräsident ist der 65-Jährige auf der politischen Bühne kein Unbekannter. Wir sprachen mit ihm über den Verband und die politische Kultur in Sachsen.

Herr Wehner, Sie kennen den Paritätischen Sachsen von Beginn an. Als Vertreter des VdK Sachsen waren Sie an der Gründung direkt beteiligt. Wie war das damals?

Horst Wehner: Auf die Mitwirkung an der Gründung bin ich immer noch stolz, denn das war auch aus heutiger Sicht eine richtige Entscheidung, auch wenn es zwischen dem Paritätischen und einigen Mitgliedern zu kleinen Unstimmigkeiten kam. Die Erwartungen der Mitglieder auf der einen Seite und die Möglichkeiten des Spitzenverbandes auf der anderen konnten trotzdem immer wieder in Einklang gebracht werden. Die Gründung des Paritätischen Sachsen war ein richtiger und wichtiger Schritt.

Gleichzeitig muss man natürlich sagen, dass gerade die neunziger Jahre für alle eine Zeit des Ausprobierens waren. Ich erinnere mich gut an viele Diskussionen im Landesvorstand über zig verschiedene Vorgehensweisen. Und wenn ich auf dessen Zusammensetzung zurückblicke, dann kann ich nur von Glück sprechen: Alle Vorstandsmitglieder konnten wichtige Facetten einbringen. Peter Schindzielorz zum Beispiel mit seinem finanziellen Sachverstand oder Martin Sträßer, der durch seine Rechtskenntnis so manches Fettnäpfchen zu vermeiden half, in das andere in jener Zeit tappten – um nur zwei Personen zu nennen.

Mit welchen Stärken konnte – und kann – der Verband Ihrer Meinung nach besonders punkten?

Horst Wehner: Ich denke, es ist uns gelungen, verlässlich zu sein und die Mitgliedsorganisationen in ihrer ganzen Vielfalt wertzuschätzen. Die Mitglieder können wirklich mitgestalten – sei es im Landesvorstand oder in den Fachgremien. Wer etwas zu sagen hat und mitmachen möchte, kann das in diesem Verband tun. Und die Träger tun das ja auch – was letztendlich zur Qualität der Verbandsarbeit beiträgt. Denn das war die Idee bei der Gründung: ein Sprachrohr für die Interessen Sozialer Arbeit zu schaffen und auf diesem Weg ebenfalls die Bedarfe der Menschen, für die sich die Träger engagieren, zu transportieren.

Gleichzeitig ist der Verband eine Solidargemeinschaft, in der wir gemeinsam die Leitmotive Offenheit, Vielfalt und Toleranz verfolgen. Grundlage dafür sind Ehrlichkeit und Verlässlichkeit im Miteinander. Und das beziehe ich nicht nur auf das verbandsinterne Handeln. Ich bin überzeugt – und habe das auch in vielen Gesprächen gespiegelt bekommen –, dass wir so auch bei Partnern in Politik und Verwaltung wahrgenommen werden. Selbst wenn wir mit der einen oder anderen Position anecken oder etwas provokativer auftreten, ist der Paritätische ein Verband, bei dem man weiß, woran man ist. Das haben wir uns erarbeitet. Das hat uns keiner geschenkt.



Schön, wie Sie trotz Ihres Abschieds aus der aktiven Rolle immer noch von „wir“ sprechen.

Horst Wehner: (lacht) Das legt man nicht einfach ab. Dazu ist der Verband mit seinen Grundwerten und Überzeugungen viel zu wichtig für mich. Obwohl ich jetzt nicht mehr direkt dabei bin, werde ich den Paritätischen ganz sicher nicht aus meinem Leben ausschließen und sein Handeln weiter verfolgen.

Da Sie gerade auch von Werten und solidarischem Miteinander sprachen, möchte ich gerne einen Bogen schlagen und auf die politische Kultur in Sachsen zu sprechen kommen. Sie sind seit 2004 Mitglied des Sächsischen Landtages, werden jedoch nicht erneut kandidieren. Was wünschen Sie sich für den politischen Diskurs in Sachsen?

Horst Wehner: Mehr Miteinander, auch mal über die Fraktionsgrenzen hinweg. Zu oft werden Vorschläge anderer Parteien abgelehnt, nur weil sie nicht aus den eigenen Reihen kommen. Ich finde, man muss doch seine Unterschiedlichkeit nicht aufgeben, um trotzdem gemeinsam an der Gestaltung von Prozessen zu arbeiten. Wenn wir das nicht lernen, auch mal Ideen des politischen Mitbewerbers anzuerkennen, oder zumindest bereit sind, diese offen zu diskutieren, wird es nicht gelingen, den Menschen die Möglichkeiten und Zwänge politischen Handelns näher zu bringen. Neben dem verständlichen Erklären von Inhalten ist es meiner Ansicht nach genau das, was wir brauchen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Wissen Sie, wir sollten öfter die Lösung und den Diskurs darüber in den Vordergrund stellen, anstatt nur auf die eigene Profilbildung zu achten. Es ist an der Zeit, eine andere Kultur

miteinander zu pflegen. Reines Lagerdenken bringt uns nicht vorwärts und befeuert womöglich jene Tendenzen im politischen Diskurs, die wir heute unverhohlen vom rechten Rand vernehmen: Wir gegen Die.

Sehen Sie Entwicklungen in diese lösungsorientierte Richtung?

Horst Wehner: Spätestens seit dem Erstarken der Alternative für Deutschland (AfD) ist ein Weckruf durch die Parteienlandschaft gegangen, obwohl ihn scheinbar noch nicht alle gehört haben. Bei Ministerpräsident Michael Kretschmer – auch wenn ich nicht mit allem übereinstimme, was er angestoßen hat oder wie jetzt die Lösungen im Bereich Bildung oder innere Sicherheit im Einzelnen aussehen – muss ich aber zugeben, in diesem Punkt durchaus einen positiven Wandel im Regierungshandeln erkennen zu können. Die Dialogbereitschaft ist gestiegen und sichtbarer.

Wir befinden uns 2019 im Wahljahr. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die Stimmabgabe im September?

Horst Wehner: Durchaus mit Sorge. Denn ich bin mir nicht sicher, ob die positiven Änderungen im politischen Diskurs bis September schon eine Wirkung entfalten können, um das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungsfähigkeit der Landespolitik zurückzugewinnen. Gleichzeitig bin ich überzeugt, dass es keine Regierungsbeteiligung der AfD geben wird. Wie auch immer die Zusammensetzung aussehen wird, es besteht ein klarer Auftrag an alle demokratischen Parteien im neuen Landtag, unter Beweis zu stellen, dass man gemeinsam etwas für die Menschen bewegen kann.

Herr Wehner, ich danke Ihnen für das Gespräch und wünsche Ihnen alles Gute.

Deine Stimme gegen Nationalismus – Ein Europa für alle

Nicht nur in Deutschland sehen sich diejenigen im Aufwind, die Hass und Ressentiments gegen Geflüchtete und Minderheiten schüren, Menschenrechte einschränken und das Asylrecht abschaffen wollen. Nationalist*innen und Rechts-extreme erstarken in ganz Europa. Und sie drohen ihre Macht weiter auszubauen.

Zwischen dem 23. und 26. Mai 2019 wählen die Bürger*innen der EU-Mitgliedstaaten das Europäische Parlament. Die rechten Kräfte hoffen, so viele Abgeordneten wie noch nie nach Straßburg schicken zu können. Soll ihr Vormarsch gestoppt werden, braucht es Kräfte, die sich ihnen entschlossen entgegenstellen.

Gemeinsam mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis ruft der Paritätische deshalb am **19. Mai 2019** – unmittelbar vor den Europawahlen – zu **Großdemonstrationen in sieben deutschen und vielen weiteren**

europäischen Städten auf. Unter dem Motto „Ein Europa für Alle: Deine Stimme gegen Nationalismus“ streitet das Bündnis für die Vision eines Europas, das Humanität und Menschenrechte verteidigt sowie für Demokratie, Vielfalt und Meinungsfreiheit steht: ein Europa, das soziale Gerechtigkeit garantiert und einen grundlegenden ökologischen Wandel vorantreibt.

In Deutschland sind Berlin, Frankfurt, Hamburg, Köln, München, Stuttgart und Leipzig dabei. Los geht es in allen Städten um 12 Uhr. Geplant sind jeweils ein Demonstrationzug und ein buntes, vielfältiges Bühnenprogramm. Der Paritätische Gesamtverband wird in Berlin mit einem Inklusionsblock dabei sein – mit Bussen und Fahrraddischi, um alle mitzunehmen und niemanden zurückzulassen. Wir hoffen auf breite Unterstützung der Demonstrationen, denn es ist Zeit, Haltung zu zeigen: für ein demokratisches und solidarisches Europa!

Haltung zeigt der Paritätische auch in seinem neuen europapolitischen Grundsatzpapier. Der Verband bekennt sich darin klar zu dem Ziel eines gemeinsamen europäischen Raums der Freiheit, Solidarität, Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit. Aus Sicht des Paritätischen muss sich das vereinte Europa ambitionierten sozialpolitischen Zielen verschreiben. Es braucht eine positive Vision einer Gemeinschaft, die danach strebt, die Lebensbedingungen der Menschen in Europa so zu gestalten, dass alle Menschen frei von Existenzängsten leben können und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht wird.



Erfahren Sie mehr über die Demonstrationen am 19. Mai 2019 auf:
www.ein-europa-fuer-alle.de

#Unteilbar Solidarität statt Ausgrenzung

Eine Viertelmillion Menschen folgte im Oktober 2018 dem Aufruf #unteilbar und ging für eine sozial gerechte und offene Gesellschaft auf die Straße. Die 250.000 Demonstrant*innen haben gezeigt, dass die Zivilgesellschaft angesichts von Angriffen auf Menschenrechte und rechter Hetze zusammensteht – trotz unterschiedlicher Perspektiven und Ausgangspunkte.

Auch der Paritätische Gesamtverband hatte zur Demo aufgerufen und engagiert sich seitdem im #unteilbar-Bündnis. Das Bündnis steht für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschenrechte unteilbar sind und vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich. Gemeinsam stellen wir uns damit gegen rassistische Ausgrenzung und

soziale Spaltung – und das ist dringend nötig, denn unsere Gesellschaft ist materiell tief gespalten. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, Millionen erwerbstätige Menschen leben in Armut und das Risiko ist hoch, dass auch die Rente im Alter vorne und hinten nicht reichen wird.

Gleichzeitig erstarken rechte Kräfte, die die soziale Frage für ihr rassistisches Programm zu instrumentalisieren versuchen. Dabei sind es die Verletzlichsten unter uns, die die rechte Hetze am härtesten trifft. Und es ist zu befürchten, dass die anstehenden Wahlkämpfe in Sachsen, Brandenburg und Thüringen die Anfeindungen weiter befeuern werden. Dem wird sich der Paritätische Gesamtverband auch in diesem Jahr mit #unteilbar entgegenstellen.



Neues Projekt berät bei Übergriffen auf soziale Träger

Text: Christian Weißling

Das Erstarken von rechter Mobilisierung und von Parteien in Deutschland, die eine systematische Abwertung von Menschen betreiben, welche als nicht zugehörig zur Gesellschaft konstruiert bzw. für vermeintliche oder echte gesellschaftliche Probleme verantwortlich gemacht werden, betrifft in zunehmendem Maße die Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in ihren praktischen Arbeitsschwerpunkten.

Es herrscht ein lärmender Grundton in vielen gesellschaftspolitischen Debatten. Klar: Gezielte Konfrontation und Provokationen auch gegen soziale Einrichtungen dienen Populist*innen und Rechtsextremen als Mittel der Erzeugung von Aufmerksamkeit. Es wäre jedoch verfehlt, die Platzierung der darin geäußerten Inhalte als rein taktische Manöver zu betrachten und auf die leichte Schulter zu nehmen. Die Arbeit von Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich wird durch Vertreter*innen rechtsextremer Organisationen und Parteien grundsätzlich in Frage gestellt, insbesondere im Kontext der Hilfe für Geflüchtete und von Integrationsprojekten. Das bleibt nicht zuletzt für die in den adressierten Bereichen tätigen Mitarbeiter*innen und Ehrenamtlichen nicht ohne Folgen: Mancherorts sehen sie sich bedroht oder haben das Gefühl, ihr Engagement verbergen zu müssen.

Gegen diese Entwicklungen muss sich die Zivilgesellschaft kollektiv zur Wehr setzen, an vielen Orten geschieht dies schon: Die genannten #unteilbar-Demonstration ist nur eines der Beispiele für solidarische Bezugnahme aufeinander und

gegen die Angriffe von rechts außen auf die demokratisch verfasste Gesellschaft. Doch mindestens ebenso bedeutend ist die Arbeit im Kleinen: An vielen Orten und weniger sichtbar organisiert sich Zivilgesellschaft und positioniert sich öffentlich. In Workshops werden Strategien im Umgang mit Anfeindungen und Drangsalierungen im Berufsalltag sowie auf parlamentarischer Ebene und in kommunalen Gremien entwickelt. Der Paritätische Gesamtverband unterstützt diese Bemühungen seit Jahresbeginn mit einem neuen Projekt unter dem Titel „Beratung gegen Rechts“.

Zum Umgang mit Anfeindungen und Drangsalierungen im Berufsalltag können sich wohlfahrtspflegerische Einrichtungen beim Projekt „Beratung gegen Rechts“ unterstützen lassen, informieren und miteinander vernetzen.

Weitere Informationen unter www.vielfalt-ohne-alternative.de



Wir zeigen klare Kante

Kein aktives Zugehen auf Rechtspopulist*innen, aber gesprächsoffen bleiben.



Es sind aktuell rechtspopulistische Politiker*innen, die aktiv die Brücken des Dialogs einreißen und mit kalkulierter menschenverachtender Rhetorik die Universalität von Grundrechten und damit den sozialen Frieden in Frage stellen. Solange sich an dieser Politik nichts ändert, hat das für den Paritätischen Sachsen konkrete Konsequenzen:

1. Natürlich gebietet es der Respekt vor unserem Staatssystem, dass mit Amtsträger*innen (z.B. Bürgermeister*innen, Ausschussvorsitzenden usw.) unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft oder politischen Überzeugung eine sachgerechte Kommunikation stattfindet und diese Personen von uns die Informationen erhalten, die sie aufgrund ihres Amtes zu bekommen haben.
2. Darüber hinaus gibt es unsererseits kein aktives Zugehen auf Rechtspopulist*innen. Wir werden ihnen nicht ungefragt Stellungnahmen zukommen lassen, sie nicht zu Fachveranstaltungen oder -gesprächen einladen; unsere Verbandsvertreter*innen werden sich nicht mit diesen Personen gemeinsam auf ein Podium setzen.
3. Anfragen von Rechtspopulist*innen werden kurz und sachlich beantwortet. Dabei muss auch aufmerksam beachtet werden, ob bereits in der Fragestellung Falschbehauptungen und Diffamierungen enthalten sind. Diese gilt es transparent zu machen, sie durch Fakten aus öffentlich

zugänglichen Quellen zu entkräften und sie ggf. entschieden zurückzuweisen.

4. Seit Jahren verfolgen Extremisten die sogenannte „Wortergreifungsstrategie“ in Veranstaltungen oder auch Social-Media-Chats. Verbandsmitarbeiter*innen müssen im Umgang mit diesen Störern geschult und gestärkt werden.

5. #wirsindmehr! Das heißt: Diese Verfahrensweise ist das Ergebnis von Dialogprozessen und wird von allen Paritätischen (Bundes-, Landes- und Kreis-)Verbänden, Kollegialverbänden in der Wohlfahrtspflege und nicht zuletzt auch von den eigenen Mitarbeiter*innen mitgetragen. Wir stellen uns damit auch ausdrücklich solidarisch an die Seite jener Verbände, die von Diffamierungen durch Rechtspopulist*innen betroffen sind.

6. Haltung ist Führungsaufgabe. Die Mitarbeiter*innen wissen, dass sie die Leitungskräfte in konkreten Herausforderungen im Umgang mit Rechtspopulist*innen ansprechen können. Denn diese Praxiserfahrungen helfen uns, noch sicherer und souveräner die Interessen unserer Mitglieder zu vertreten.

7. Auf der Internetseite www.vielfalt-ohne-alternative.de sammelt der Paritätische Wohlfahrtsverband Informationen und Handreichungen zum Umgang mit rechtspopulistischen Gruppierungen. Sehr profitiert haben wir auch von der Expertise eigener Mitgliedsorganisationen, wie dem „Bundesverband Mobile Beratung e.V.“, der einen großen Erfahrungsschatz im Umgang mit rechten Gruppierungen auf seiner Website zur Verfügung stellt.

Rechtspopulist*innen grenzen uns als Wohlfahrtsverband aus, indem sie Menschen, für die wir da sind, diffamieren und mit kalkulierten Tabubrüchen Angst verbreiten. Wir bleiben gesprächsbereit mit allen Parteien und deren Interessenvertreter*innen. Der Ball liegt also bei den anderen, ob sie sich durch eine (Rück-)Besinnung auf die Werte des Grundgesetzes und eine Rückkehr zu Anstand und Respekt in den Dialog um die zukünftige Ausgestaltung unseres Landes einbringen oder nicht. Die Tür ist offen.



Kontakt:

Michael Richter
Landesgeschäftsführer
Paritätischer Sachsen

Tel.: 0351/ 491 66 13

E-Mail: michael.richter@parisax.de

Twitter: @MRichterParisax

„Der Paritätische ist als Verband ein lebendiger Organismus“

Seit November 2018 ist Uwe Martin Fichtmüller Landesvorsitzender des Paritätischen Sachsen. Wir sprachen mit ihm über die neue Legislatur des Landesvorstandes.

Herr Fichtmüller, sie kennen den Landesverband aus verschiedenen Perspektiven – als ehemaliger Mitarbeiter, als Geschäftsführer einer großen Mitgliedsorganisation und als langjähriges Vorstandsmitglied. Was ist Ihrer Meinung nach „typisch Parität“?

Uwe Martin Fichtmüller: Toleranz, Offenheit und Vielfalt sind die Grundsätze des Paritätischen, die sehr pointiert das Wesen des Verbandes repräsentieren. Der Paritätische, das sind zuallererst seine zahlreichen Mitgliedsorganisationen mit ihrer Unterschiedlichkeit in fachlichen Ansätzen und Zielgruppen, Größen und Organisationsgraden. Sie verkörpern auf beeindruckende Weise die ganze Vielfalt der Sozial- und Bildungsarbeit in unserem Land. Als lebendiger Teil des Gemeinwesens leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zum Gemeinwohl. Auf der anderen Seite ist der Paritätische ein Verband, dessen Mitarbeitende verlässlich und professionell die Interessen seiner Mitglieder mit starker Stimme und überzeugenden Argumenten vertreten, die professionell beraten und dabei die sozialanwaltschaftliche Perspektive nicht aus dem Blick verlieren. Ich finde das unverwechselbar und es begeistert mich immer wieder aufs Neue.

Worin sehen Sie die großen Herausforderungen im Sozial- und Bildungsbereich des Freistaates Sachsen in den kommenden Jahren?

Uwe Martin Fichtmüller: Da gibt es einige Baustellen. Bei der Bildung denke ich zuallererst an den frühkindlichen Bereich, in dem wir die Qualität unbedingt weiterentwickeln wollen. Aber auch die Ausbildung muss hier näher an die Erfordernisse von Fachkräften und Praxis heranrücken. Außerdem müssen die Schulen in freier Trägerschaft stärker als Bestandteil der sächsischen Schullandschaft anerkannt werden und endlich sollte ein längeres gemeinsames Lernen möglich sein.

Wenn ich an das weite Feld Sozialer Arbeit denke, sind offene, niedrigschwellige und quartiernahe Angebote ein wichtiger Punkt. Die örtliche Vernetzung der Einrichtungen und Träger ist dabei entscheidend. Hier sind wir als Verband schon gut dabei. Doch insbesondere im ländlichen Raum ist noch viel Luft nach oben, wie man so schön sagt. Das Gleiche gilt für die Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Regionen. Nicht zu vergessen die überfällige Stärkung der ambulanten Pflege. In diesem bedeutenden Versorgungszweig bedarf es dringender Nachbesserungen,



wenn wir nicht wollen, dass in unserem Land pflegerisch unterversorgte Regionen entstehen.

Eine der großen Herausforderungen ist sicher die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes im Sinne und zum Wohle der Betroffenen. Es gibt in unserer Mitgliedschaft beispielhafte inklusive Angebote. Hinsichtlich der gleichberechtigten Teilhabe aller Menschen liegt jedoch noch ein weiter Weg vor uns.

Für all diese Aufgaben brauchen wir vor allem qualifizierte Menschen, die mit Herzblut und Freude arbeiten. Hier bedarf es zuvörderst der Umsetzung einer tragfähigen Fach- und Arbeitskräftestrategie für alle Arbeitsfelder. Dazu haben wir 2016 Ansätze präsentiert, die im verbandlichen Handeln umgesetzt werden. Arbeitgeberattraktivität muss jedoch vor Ort gelebt werden. Daher wollen wir unsere Mitglieder diesbezüglich weiter mit praxisnahen Angeboten unterstützen.

Wie muss sich der Paritätische Sachsen für die benannten Aufgaben aufstellen und welche Schritte sind dafür zu unternehmen?

Uwe Martin Fichtmüller: Der Paritätische ist als Verband ein lebendiger Organismus, der ein Erstarren in Selbstverständlichkeiten und selbstgefälligen Routinen nicht zulässt. Die Selbstvergewisserung und Überprüfung eigener Positionen und Angebote im Zuge verbandlicher Meinungsbildungsprozesse ist hierbei von zentraler Bedeutung. Dabei gilt es, auch immer der Vielfalt der manchmal gegensätzlichen Interessenlagen unserer Mitgliedsorganisationen gerecht zu werden. Dies ist gewiss keine leichte Aufgabe, wenngleich zentral für die Attraktivität des Verbandes. Insgesamt sehe ich uns jedoch gut aufgestellt, was wir nicht zuletzt dem Landesgeschäftsführer Michael Richter und seinem Team sowie der erfolgreichen Vorstandsarbeit der letzten Jahre zu verdanken haben.

Danke für das Gespräch.

Geld sparen mit der Einkaufsgemeinschaft

Erneut erweitert die parikom GmbH ihr Angebot speziell für Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Sachsen. Dank der neuen Kooperation mit der PariSERVE können Mitglieder ab sofort die Vorteile der Einkaufsgemeinschaft für Küche und Hauswirtschaft nutzen. Sönke Feuerherm, Leiter der PariSERVE-Einkaufsgemeinschaft, beantwortet uns dazu einige Fragen.



„Rückvergütungen und Sofortrabatte sind nur zwei der Vorteile, die unsere Einkaufsgemeinschaft bietet.“

Sönke Feuerherm
PariSERVE GmbH

Herr Feuerherm, um was genau handelt es sich bei der Einkaufsgemeinschaft?

Sönke Feuerherm: Kurz gesagt: Gemeinsam erreichen wir mehr. Wer viel einkauft, muss weniger bezahlen. Wir nutzen die Gemeinschaft im Paritätischen zum Vorteil der einzelnen sozialen Einrichtungen. Das bedeutet: Wir bündeln die Kaufkraft unserer Kunden und können so optimal und mit einer starken Stimme mit unseren Lieferanten in Verhandlungen treten. Die so erzielten Rahmenverträge und Sonderkonditionen stellen wir dann den Einrichtungen zur Verfügung – selbstverständlich kostenlos.

Welche Vorteile haben Mitglieder?

Sönke Feuerherm: Eine ganze Menge – hervorzuheben sind attraktive Rückvergütungen und Sofortrabatte. Zusätzlich bieten wir unseren Kunden unter anderem eine Einkaufsberatung sowie Preisvergleiche und Marktanalysen. Nicht zu vergessen unser Fortbildungsangebot, welches unsere Mitglieder günstiger buchen können.

Wie kompliziert ist es, meinen Einkauf auf PariSERVE umzustellen?

Sönke Feuerherm: Überhaupt nicht. Grundlage der Zusammenarbeit ist eine Mandatserklärung, die den rechtmäßigen

Datenaustausch zwischen der Einrichtung, den Lieferanten und PariSERVE sicherstellt. Im Grunde benötigen wir eine Unterschrift und schon kann es losgehen.

Bin ich an die Lieferanten der Einkaufsgemeinschaft gebunden?

Sönke Feuerherm: Nein. Wir wissen, dass viele Einrichtungen regionale Lieferanten vor Ort unterstützen möchten oder auch Lieblings-Lieferanten haben, die nicht zu unseren Vertragspartnern gehören. Jede Einrichtung ist frei in der Lieferanten- und Produktauswahl und kann ebenso frei kombinieren. Das ist überhaupt kein Problem.

Wie kann ich über PariSERVE einkaufen? Gibt es verschiedene Bestellmöglichkeiten?

Sönke Feuerherm: Unsere Schwerpunkte liegen ganz klar im Bereich Küche und Hauswirtschaft, in erster Linie bei Lebensmitteln, aber auch bei Unterhalts- und Reinigungsprodukten. Bestellt wird direkt beim Lieferanten per Telefon, Fax oder über unsere Online-Bestellplattform. Auf Wunsch kommen Fachberater der Lieferanten auch direkt in die Einrichtung.

Für welche Einrichtungen ist die Einkaufsgemeinschaft geeignet?

Sönke Feuerherm: Da gibt es keine Einschränkungen. Jede Einrichtung aus der Mitgliedschaft des Paritätischen ist willkommen, die Vorteile zu nutzen. Zu unseren Kunden zählt die komplette Palette der sozialen Einrichtungen: Kitas und Einrichtungen der Behindertenhilfe ebenso wie Bildungseinrichtungen, Seniorenheime oder Pflegeeinrichtungen. Aber wir haben auch attraktive Angebote für die Geschäftsstellen sozialer Einrichtungen und Träger.

Herr Feuerherm, danke für die Informationen.



Nutzen Sie die Vorteile für Mitgliedsorganisationen und informieren Sie sich jetzt über die Möglichkeiten der Einkaufsgemeinschaft und das ebenfalls neue Angebot von Buchhaltungsleistungen. Lesen Sie mehr dazu unter:

www.parikom.de/unsere-leistungen/einkaufsgemeinschaft



Selbsthilfe

Akademie Sachsen

Der gesellschaftliche Wandel geht auch an der Selbsthilfe nicht vorbei. Die neue Selbsthilfeakademie hilft dabei, die Akteur*innen in Sachsen zukunftsfest zu machen.

Der Nachwuchs fehlt. Die Gruppen überaltern. Auch in der Selbsthilfe ist der Generationenwechsel eine der aktuellen Aufgaben. Zudem steigen die Anforderungen an Verantwortliche in Vereinsstrukturen, und nicht zuletzt die Digitalisierung fordert dazu auf, Prozesse neu zu denken. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Nutzer*innen der Selbsthilfe immer öfter als Konsument*innen verstehen und seltener zu längerfristigem Engagement neigen.

Vor den beschriebenen Herausforderungen steht nicht nur die Selbsthilfe – weshalb es bereits viele Ideen und Lösungsansätze gibt. Doch wie kann die Selbsthilfe diese nutzen? Teure Seminare und zeitaufwändige Coachings sind dafür eher unpassend.

Im Dialog mit verschiedenen Akteur*innen der Selbsthilfe stellte sich heraus, dass ein landesweiter Raum für Austausch und Vernetzung untereinander – auch themenübergreifend – gewünscht wird. Professionelle und leicht zugängliche Angebote für die Weiterentwicklung der eigenen Kompetenzen sollen diesen Rahmen flankieren. Eine Kombination aus Erfahrungswissen, Austausch und neuen Impulsen auf der einen Seite sowie spezifischen Weiterbildungsangeboten auf der anderen Seite kann Antworten auf aktuelle Fragen der Praxis geben.

Mit der neu gegründeten Selbsthilfeakademie Sachsen werden der Paritätische Sachsen und seine Tochtergesellschaft parikom ab Herbst 2019 Angebote unterbreiten, die sich direkt an den Bedarfen der Selbsthilfe orientieren. Finanziert wird das Projekt durch eine individuelle Projektförderung der AOK PLUS Sachsen.

Für die Umsetzung des Projektes greift der Paritätische Sachsen als Projektträger auf langjährige Kompetenz als Weiterbildungsanbieter und seine Bezüge zur Selbsthilfe zurück. Allein unter dem Dach des Landesverbandes sind sachsenweit rund 500 Selbsthilfegruppen aktiv.

Die künftigen Weiterbildungsangebote sind für alle zugänglich und indikationsübergreifend. Sie werden in

verschiedenen Regionen angeboten und richten sich vor allem an Selbsthilfegruppen sowie deren Leiter*innen und Mitglieder. Alle Selbsthilfeorganisationen in Sachsen sowie interessierte Personen, die in der Selbsthilfe aktiv sind oder Interesse an der Arbeit in der Selbsthilfe zeigen, sind eingeladen. Unter besonderer Rücksichtnahme auf die ehrenamtliche Struktur der Selbsthilfe werden die Angebote der Selbsthilfeakademie für alle Nutzer*innen kostenfrei sein.

Sie haben Fragen?

Kontakt:

Karolin Amlung

Projektleiterin

Selbsthilfeakademie Sachsen

Tel.: 0351/ 491 66 28

E-Mail: karolin.amlung@parikom.de



Die Selbsthilfeakademie wird gefördert durch die AOK PLUS.



Die **Gesundheitskasse**
für Sachsen und Thüringen.

Nähere Informationen zur
Selbsthilfeakademie
finden Sie unter:

**[www.parisax.de/
weiterbildung/sha](http://www.parisax.de/weiterbildung/sha)**



10 Jahre UN-BRK: Vom Schrauben an Lösungen

Die Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Deutschland am 26. März 2009 steht für einen Paradigmenwechsel, der Teilhabe und Selbstbestimmung in den Mittelpunkt rückt. Simone Langhof, Referentin für Teilhabe des Paritätischen Sachsen, kommentiert das zehnjährige Jubiläum.

Es ist keine leichte Aufgabe, wenn sich Staaten entscheiden, eine Konvention der Vereinten Nationen zu ratifizieren. Geeignete Maßnahmen auf der Verwaltungsebene und in der Gesetzgebung sind zu treffen, die dem Anliegen der jeweiligen Konvention gerecht werden. Bestehendes muss verändert werden. Im konkreten Fall sind es jene rechtlichen Regelungen, die Menschen mit Behinderung die selbstbestimmte Teilhabe verwehren.

Das ist umso komplizierter, wenn es sich um nichts weniger handelt als um eine komplette Kehrtwende hin zu einer schönen neuen Welt voller Inklusion. „Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung“ oder „Nichts über uns ohne uns!“ lauten die Leit motive, die es in praktisches Handeln zu überführen gilt. Diesen Anspruch sollte das 2016 verabschiedete Gesetz zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung, kurz Bundesteilhabegesetz (BTHG), leisten. Jetzt befinden wir uns in der schrittweisen Umsetzung dessen bis 2023.

So weit, so gut? Sagen wir mal: So viel zur Theorie. Wie sieht es in der Praxis aus?

Die Herausforderung besteht vor allem darin, ein bestehendes System von Leistungserbringern, Leistungstypen und Leistungsträgern so aufzuweichen und zu verändern, dass es dem individuellen Bedarf des Einzelnen mit seinem

Wunsch- und Wahlrecht nachkommt. Das bedeutet nicht, dass das bisherige System durchweg schlecht war. Aber wir müssen einiges vom Kopf auf die Füße stellen.

Die Leistungserbringer sind verunsichert und es liegen ganz praktische Fragen auf den Tisch. Wie ist es mit der Trennung der Leistungen? Was bedeutet das für Mietverträge, Fachleistungen, Assistenzleistungen? Wie geht das mit dem neuen Bedarfsermittlungsinstrument? – Fragen über Fragen, zu denen es trotz zehn Jahren UN-BRK in Deutschland und über zwei Jahren geltendem BTHG noch keine zufriedenstellenden Antworten gibt.

Zu alledem kommen die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Akteure hinzu – die der Leistungserbringer auf der einen und die der Kostenträger auf der anderen Seite. Ach ja, und dann sind da noch die Menschen mit Behinderung und ihre vielen neuen Rechte auf Teilhabe und Selbstbestimmung. Sie angemessen zu beteiligen und in Mittelpunkt zukünftiger Regelungen zu stellen, ist noch nicht in allen Köpfen angekommen.

Die Kompromissfähigkeit aller Beteiligten ist gefordert, wenn in Arbeitsgruppen, Fachgruppen und Gremien um den besten gemeinsamen Weg zur schrittweisen Umsetzung des BTHG gerungen wird. Schrittweise Umsetzung heißt, einen Schritt nach dem anderen tun und dabei vorankommen. Bei allen Stolpersteinen dürfen wir uns nicht aufhalten lassen. Und Übergangsregelungen sind nicht gleichbedeutend mit „Sie haben Ihr Ziel erreicht“. Besonders die Leistungserbringer sollten die Übergangszeit nutzen, um zu gestalten und den Menschen mit Behinderung auf Augenhöhe zu begegnen. Individuelle Betreuung ist dabei das Credo.

Ein Alle-Wünsche-werden-wahr wird es ebenso wenig geben können, wie es ein Weiter-so mit neuen Etiketten auf alten Lösungen nicht geben darf. Ob alles besser wird? – Vielleicht. Ob vieles anders werden muss? – Ganz bestimmt!



Kontakt:

Simone Langhof
Referentin für Teilhabe

Tel.: 0351/ 491 66 72

E-Mail: simone.langhof@parisax.de

Frühförderung: Schritt für Schritt das Angebot stärken

Insgesamt 52 Frühförderstellen unterstützen sachsenweit Kinder mit besonderem Förderbedarf. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) bringt für die Träger einige Veränderungen mit sich, die auf das Angebot insgesamt positiv wirken können. Die Rahmenvertragsverhandlungen dazu laufen.

Gerade die ersten Lebensjahre sind für die kindliche Entwicklung maßgeblich und prägen die weitere Entfaltung der individuellen Persönlichkeit. Risiken frühzeitig zu erkennen und die Möglichkeiten der Entwicklungsförderung zu ergreifen, gehört daher zu den Aufgaben der Frühförderung. Neben den medizinischen und biologischen Risikofaktoren wirken (psycho-) soziale Bedingungen ebenso auf die kindliche Entwicklung. Es geht demnach um einen ganzheitlichen Blick, der das Kind, die Eltern und deren Lebensumfeld berücksichtigt.

Die Struktur der Frühförderung umfasst deshalb medizinisch-therapeutische, psychologische, heilpädagogische, sonderpädagogische und psychosoziale Leistungen sowie die Beratung der Erziehungsberechtigten. Finanziert wird sie von den Krankenkassen sowie den Trägern der Sozial- bzw. Jugendhilfe. Im Paritätischen Sachsen sind derzeit 18 Frühförderstellen Mitglied.

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) hat die Bundesregierung die größte Reform der Eingliederungshilfe überhaupt auf den Weg gebracht. Für alle Beteiligten ist das mit erheblichen Änderungen verbunden, so auch für die Frühförderstellen.

Eine der Neuregelungen sieht vor, dass die ärztlichen und die nichtärztlichen Leistungen zum Wohl der betroffenen Kinder aus einer Hand und unter gezielter Einbeziehung des familiären Umfelds als interdisziplinäre Frühförderung zu erbringen sind. Diese Leistungen sollen durch entsprechend ausgestattete interdisziplinäre Frühförderstellen oder durch stärker medizinisch ausgerichtete Sozialpädiatrische Zentren erbracht werden. Damit werden die Leistungen, für die unterschiedliche Träger zuständig sind, zu einer Leistung zusammengefasst.

Für die Kinder und hilfeschuchende Eltern ist das ein guter Schritt. Ferner könnten sich die bestehenden regionalen Unterschiede angleichen und sich beispielsweise auch die Dauer von der Antragstellung bis zur Genehmigung des Förder- und Behandlungsplans vereinheitlichen. Für die Frühförderstellen selbst eröffnet sich die Chance der Finanzierung aus einer Hand. Das könnte mit einem sinkenden Verwaltungsaufwand einhergehen.



Aktuell verständigen sich die beteiligten Krankenkassen und Träger der Eingliederungshilfe mit den Verbänden der Leistungserbringer, um eine Landesrahmenvereinbarung zu den Komplexleistungen abzuschließen. Sie soll ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen. Der Paritätische Sachsen setzt sich in den Gesprächen dafür ein, dass die zuvor geschilderten Effekte tatsächlich greifen und bereits lange bestehende Unklarheiten, wie u.a. der Umgang mit der sogenannten Doppelförderung sowie die Finanzierung der Abwesenheitszeiten zugunsten der betroffenen Kinder und ihrer Eltern, aufgelöst werden. Die Rahmenvertragsverhandlungen sollen im August 2019 abgeschlossen sein.

Kontakt:

Maria Groß
Referentin für Bildung

Tel.: 0351/ 491 66 51

E-Mail: maria.gross@parisax.de



Auf ein Wort ...

In der Rubrik „Auf ein Wort ...“ lassen wir Führungskräfte aus unseren Mitgliedsorganisationen sprechen. Zu einer bestimmten Frage schildern sie ihre persönliche Sicht. Diesmal wollten wir wissen:

Was motiviert Sie im beruflichen Alltag?



Bianca Bretschneider

Geschäftsführerin, Känguru Kindertagesstätten Leipzig gGmbH

„Grundsätzlich bin ich ein sehr positiver und optimistischer Mensch. Tägliche Aufgaben sind für mich eher Herausforderungen und Lernchancen als lästige Probleme. Motiviert werde ich durch positive Menschen in meinem Umfeld, die Aufgaben direkt anpacken und kreative oder unkomplizierte Lösungen finden. Ich gestalte mein Arbeitsumfeld und das meiner Kollegen so, dass es mir Spaß macht und sich wie ein zweites Zuhause anfühlt. Glücklich Arbeiten – bedeutet glücklich Leben, das ist meine Devise.“

Foto: Bianca Bretschneider, privat

„Entscheidend ist für mich: Habe ich den Raum, Gegebenheiten positiv zu beeinflussen und sozial verträglich zu gestalten? Auf dieser motivierenden Basis fällt es mir leicht, Ideen zu entwickeln und festgefahrene Strukturen aufzubrechen. Unverzichtbar ist dafür der kollegiale Austausch mit den Mitarbeitenden vor Ort. Deren Rückmeldung ist für mich nicht nur ein Kompass, sondern oft neue Motivation. Wichtig ist es allerdings, auch mal abzuschalten – mir gelingt das besonders gut bei langen Spaziergängen in der Natur.“



Steffen C. Lemme

Landesgeschäftsführer, Volkssolidarität Landesverband Sachsen e.V.

Foto: Anja Schnabel



Sabine Vincze

Geschäftsführerin, Volkssolidarität Riesa-Großenhain e.V.

„Für meine Zufriedenheit sorgen die drei besten Ärzte der Welt: Dr. Natur, Dr. Zeit und Dr. Geduld. Die Volkssolidarität ist mein Jungbrunnen. Höflichkeit und Charme mit mir selbst und ganz besonders mit jenen Menschen, die sich mir anvertrauen, sind meine Glaubenssätze. Sehr gern nehme ich jemanden in den Arm, um Stress ab- und Vertrauen aufzubauen.“

Foto: Sabine Vincze, privat

Freiwilligendienst: Noch mehr Plätze?

Im Sommer 2018 flammte die Debatte um einen sozialen Pflichtdienst wieder auf. Anstoß dafür war der Wunsch, dass man das Gemeinwohl wieder auf den Schultern aller Bürger*innen verteilt sehen wollte, um der befürchteten Spaltungen unserer Gesellschaft entgegenzutreten und nebenbei gleich noch Pflegenotstand und Fachkräftemangel zu mildern. Aufwand und Nutzen dieses sogenannten verpflichtenden Gesellschaftsjahres wurden breit diskutiert. Der Paritätische positionierte sich klar für die Vorteile von Freiwilligendiensten.

Im Dezember 2018 legte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ein Konzept vor, das eine umfassende Stärkung der Freiwilligendienste vorsieht. Darin verankert sind: attraktivere Rahmenbedingungen, mehr Inklusion sowie ein deutlicher Ausbau der Platzzahlen. Wie realistisch ist es jedoch, dass ab Sommer 2019 noch einmal 40.000 Menschen mehr als bisher ein Freiwilliges Soziales Jahr, einen Bundesfreiwilligendienst oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr leisten werden?

Der Blick zurück zeigt, dass mit der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes vor fast acht Jahren, wider

Schulabgänger*innen bei ihrer Entscheidung zwischen einer sofortigen Ausbildung, einem Reisejahr und einem Freiwilligendienst gute Argumente für Letzteres zu geben. Dafür brauchen wir Öffentlichkeitsarbeit, attraktive Anerkennungsformen, aber vor allem eine wertschätzende und fachlich hervorragende Anleitung in den Einrichtungen vor Ort.

Nein, wenn dem Wert der Individualität nicht der Wert des Gemeinns auf allen Ebenen an die Seite gestellt wird. Junge Menschen stehen nach der Schule vor einer Fülle von Optionen, über denen ein Optimierungsanspruch liegt. Es geht nicht nur darum, das passende Angebot zu finden, sondern auch darum, so viele Erfahrungen wie möglich in kürzester Zeit machen zu müssen. So entscheiden sich zwar viele für ein Engagement, aber die durchschnittliche Verweildauer nimmt merklich ab – insbesondere deshalb, weil junge Menschen in dem Jahr nach der Schule eben auch noch Vorbereitungspraktika, Reisen und Geld ansparen unterkriegen möchten.



allen Skeptikern, quasi über Nacht die Freiwilligenzahlen verdoppelt werden konnten. Der Einbezug von älteren Menschen ist heute Normalität und inzwischen arbeitet jeder zehnte Mensch einmal im Leben für das Gemeinwohl. Ferner gibt es kaum noch soziale Organisationen und auch Einrichtungen anderer Bereiche, die das Potenzial der Freiwilligendienste für die Gewinnung künftiger Fachkräfte nicht erkannt haben. Und das Kalkül, Menschen für eine Ausbildung oder langfristige Mitarbeit zu motivieren, schwingt immer mit.

Kann eine Ausweitung also gelingen? – Ja und nein:

Ja, wenn es als Gemeinschaftsaufgabe verstanden wird, möglichst alle Menschen anzusprechen, ihren Beitrag zu leisten. Dazu zählt auch,

Daher braucht es dringend ein stärkeres Klima aufrichtiger Wertschätzung, wenn ein Mensch sich ein ganzes Jahr lang dem verbindlichen Engagement widmet. Junge Menschen brauchen Bestärkung, um sich Zeit für das Gemeinwesen zu nehmen. Wenn wir länger leben und arbeiten, dann kann es nicht schaden, sich Inseln zu schaffen, die Rückbesinnung und Freiräume für Gemeinwohlorientierung zulassen. Daran sollten wir als Gesellschaft ein Interesse haben.

Kontakt:

Katrin Ventzke, Bereichsleiterin
Freiwilligenprojekte

Tel.: 0351/ 491 66 20

E-Mail: ventzke@parisax-freiwilligendienste.de

Web: www.freiwillig-jetzt.de





Homosexualität in der Langzeitpflege: Was ist eigentlich anders?

Pflegeeinrichtungen sind gefordert, unterschiedliche Lebensentwürfe oder identitätsprägende Aspekte stärker im pflegerischen Alltag zu berücksichtigen. Eine aktuelle Studie betrachtet die Facetten der Homosexualität in der Langzeitpflege.

In der somativen Körperpflege werden Lesben und Schwulen ebenso gewaschen, wie heterosexuelle Menschen auch. Anders hingegen sind ihre Lebensentwürfe und die daraus resultierenden Bedürfnisse. Ihre Art zu leben weicht ab von der heterosexuellen Norm. Daraus resultierend haben sie eine Geschichte der gesetzlichen Kriminalisierung, der medizinischen Pervertierung und des gesellschaftlichen Ausschlusses. Bis in die Gegenwart hinein sind sie von einer noch immer verbreiteten Homophobie betroffen.

Die aus den biografischen Erfahrungen heraus bestehen Ängste vor erneuten Diskriminierungen prägen auch das Verhalten im Pflegekontext. Daher überrascht es leider wenig, dass nicht wenige der im Rahmen der Studie befragten Pflegebedürftigen und Pflegekräfte angaben, ihre Homosexualität verborgen zu halten.

Unsere Studie zeigt sehr deutlich, wie pflegerisches Handeln die Identität homosexueller Menschen stärkt oder auch beschädigen kann. Dabei sind drei Aspekte entscheidend: Im Kern stehen Anerkennungserfahrungen in Form der emotionalen Zuwendung als pflegerische Fürsorge. Hinzu kommt die rechtliche Gleichstellung, die beispielsweise als konzeptionelle Berücksichtigung sichtbar wird, und drittens die soziale Wertschätzung homosexueller Menschen im Pflegesetting. Sind diese drei Aspekte in ihrer Differenziertheit erfüllt, können sie identitätsstärkend wirken. Ist einer

oder sind gar alle drei dieser Aspekte nicht erfüllt, droht eine Beschädigung.

Anerkennung von Homosexualitäten in der Langzeitpflege beginnt mit dem Bekenntnis zur sexuellen Vielfalt im jeweiligen Leitbild. Sie zeigt sich im Solidaritätsbekenntnis durch nach außen sichtbare Zeichen, wie beispielsweise einem Regenbogenaufkleber an der Tür. Die Berücksichtigung der sexuellen Identität in den Pflegekonzepten wirkt ebenfalls positiv. Letzteres bedeutet, Pflegekonzepte im Detail darauf zu prüfen, inwieweit homosexuelle Lebensweisen berücksichtigt werden, um in der Biografiearbeit wie auch in der Pflegeplanung den Bedürfnissen homosexueller Menschen proaktiv begegnen zu können.

Wie die Studie verdeutlicht, orientieren sich homosexuelle Menschen an der sichtbaren Haltung von Diensten und Einrichtungen ihnen gegenüber. Hinzu kommt das Bedürfnis, unter Gleichgesinnten zu sein. Dies setzt die Möglichkeit einer offenen Lebensweise ebenso voraus, wie die Unterbringung mit Gleichgesinnten in Wohneinheiten unter ansonsten heterosexuellen Menschen. Dazu gehört ebenfalls die Selbstbestätigung durch erkennbar offen lebende homosexuelle Mitarbeitende. Wo Mitarbeitende ihre Homosexualität aus Angst vor Diskriminierungen oder gar Repressalien nicht offen zeigen können, können es auch Pflegebedürftige nicht.

Die Studie „Homosexualitäten in der Langzeitpflege. Eine Theorie der Anerkennung“ von Dr. Heiko Gerlach und Dr. Markus Schupp ist im Berliner Peter-Lang-Verlag erschienen.

Die Zukunft sozialer Arbeit fest im Blick.

Ob Zukunftsfragen oder Lösungen
für das Tagesgeschäft – wir beraten
und begleiten Sie mit dem passen-
den Angebot in folgenden Bereichen:

- ✓ Personalentwicklung
- ✓ Fachkräftegewinnung
- ✓ Konzepterstellung
- ✓ Betriebswirtschaft & Recht
- ✓ Führung & Organisationsentwicklung
- ✓ Interims- & Krisenmanagement
- ✓ Veranstaltungsmanagement

Sprechen Sie uns an.

Telefon: 0351 - 49 16 618

E-Mail: info@parikom.de

Web: www.parikom.de



PARITÄTISCHES KOMPETENZZENTRUM
für soziale Innovation





„Ich will
nicht abtauchen, sondern
gewinnen!“

Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, Religion oder Weltanschauung, sexueller Identität, materieller Situation, Behinderung, Beeinträchtigung, Pflegebedürftigkeit oder Krankheit. Nur wer seine Rechte kennt, kann auch für sie kämpfen. Wir stehen an Eurer Seite.

www.mensch-du-hast-recht.de

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.



 DER PARITÄTISCHE